

Matthias Erzberger - Karrierestreben bis zum Tod

Dr. phil. Ernst-Albert Seils, Berlin 2020

1. Kapitel

Karriere und Aktivitäten im Ersten Weltkrieg

Das Phänomen Erzberger beschäftigte das politische Berlin, seit dieser im Alter von 28 Jahren 1903 als jüngster Abgeordneter des Reichstags in der Reichshauptstadt aufgetaucht war. Mit Staunen nahm man wahr, auf welche Weise es dem jungen Mann aus ärmlichen Verhältnissen, aufgewachsen in einem abgelegenen Dorf der Schwäbischen Alb, in wenigen Jahren gelang, seinen politischen Aufstieg zu organisieren. Gefördert vom Zentrumsführer Gröber, hatte er sich zuvor als Journalist in der süddeutschen Zentrumspresse und als Diskussionsredner einen guten Namen gemacht. In diesen Jahren galt er als Mann des linken Flügels und war auf die sozialpolitischen Themen der Partei orientiert.

Anfangs wurde er im Reichstag von der akademisch gebildeten Führungsgruppe und den Herren aus dem Adel, die im Zentrum den Ton angaben, abschätzig behandelt. Sich in seiner Partei und im Reichstag Achtung und Ansehen zu verschaffen, dabei legte der junge Volksschullehrer ein geradezu atemberaubendes Tempo vor. Mit seiner rastlosen Aktivität mischte er sich überall ein. Dahinter stand ein geradezu pathologischer Geltungsdrang.¹

Erzberger entwickelte sich zum Prototypen des modernen Berufspolitikers: Er widmete sich ausschließlich der politischen Arbeit. Er war fleißig, ehrgeizig, umtriebig, einfallsreich, vital, selbstbewusst, intelligent, hatte ein hervorragendes Gedächtnis, beherrschte die Kunst der freien Rede und war ausgestattet mit einer unerschöpflichen Arbeitskraft. Durch seine Lebensweise zeigte er, wie tief er im katholischen Glauben verankert war. Bald wurde er als Sprecher des Zentrums im Reichstag zu allen möglichen Themen eingesetzt. Seine Reden waren geistreich, unterhaltsam, in der Argumentation schlagend, jedermann hörte ihm zu. Von politischen Gegnern, die er bald in allen Lagern hatte, und den Rivalen in der Partei, deren Rangordnung er störte, ließ er sich nicht im geringsten beeindrucken.

1 Klaus Epstein, Matthias Erzberger und das Dilemma der deutschen Demokratie, Berlin/Frankfurt a. M. 1962, besonders S. 17–79, ferner Darstellung des ganzen Buches, auch zum Folgenden. Eppsteins Biographie entspricht bei aller Detailkenntnis in vielen Urteilen nicht immer wissenschaftlichen Ansprüchen, ist wenig quellenkritisch, enthält viele Widersprüche. Auf seine Erkenntnisse wird in wichtigen Aspekten eingegangen.



Geburtshaus Erzbergers in Buttenhausen in der Schwäbischen Alb

Er deckte Skandale auf und war in solche verwickelt. Mit der Wahrheit nahm er es nicht immer genau. Nicht selten wies man ihm Verdrehungen und Täuschungen nach. Kritik an seinem Verhalten ließ ihn kalt.

Mithilfe der von ihm gegründeten Zentrumskorrespondenz, durch die er die Presse der Partei mit Nachrichten und gut geschriebenen Betrachtungen belieferte, durch Zeitungsartikel und Broschüren sicherte er sich Einfluss auf deren politischen Kurs.

Nachdem er sich als Fachmann für Militärpensionsrecht und als Steuerexperte im Haushaltsausschuss profiliert hatte, griff er das Thema Kolonialpolitik auf. Indem er christliche Werte betonte, deckte er die vielfach brutale Behandlung der afrikanischen Bevölkerung, die Schlamperei und Korruption der deutschen Kolonialverwaltung auf. 1906 weigerte sich eine Reichstagsmehrheit, einem Nachtragshaushalt für die Kolonien zuzustimmen. Es folgten Reichstagsauflösung, Neuwahlen, die Kanzlerkrise von 1908. Immer hatte Erzberger dabei seine Hand mit im Spiel.

Der Plan des Reichskanzlers, Fürst Bernhard von Bülow, das Zentrum in den Ruf nationaler Unzuverlässigkeit zu bringen und ihm den Einfluss zu nehmen, ging bekanntlich nicht auf. Die Partei war nach den Wahlen von 1907 stärker als zuvor. In der Daily-Telegraph-Affäre beschuldigte Erzberger den Kanzler, den Kaiser bewusst getäuscht zu haben. Im Reichstag trat er als entschiedener Gegner der von Bülow erstrebten Besteuerung des Besitzes auf. Damit half er, die Konservativen und das Zentrum wieder zusammenzuführen.

Danach wurde Erzberger als Finanzfachmann seiner Partei zum eigentlichen Architekten der Steuerpolitik der Reichsregierung, die für die Finanzierung der Rüstungspolitik 1912/13 die Voraussetzung war. In außenpolitischer Hinsicht unterstützte er bedingungslos die deutsche imperialistische Weltmachtpolitik. 1912 wurde er Vorstandsmitglied der Zentrumspartei.

In dieser Zeit hatte ihn die deutsche Schwerindustrie als einen geeigneten Anwalt zur Vertretung ihrer Interessen entdeckt. Erzberger arbeitete mit August von Thyssen zusammen, der ihn finanziell unterstützte und für dessen Interessen er sich seit etwa 1910 einzusetzen begann.²

Nach Ausbruch des Krieges wurde Erzberger von Reichskanzler Bethmann Hollweg als der geeignete Mann auserkoren, die Leitung der deutschen Propaganda für das neutrale Ausland zu übernehmen. Er besaß Reisefreiheit und hatte ungehindert Zugang zu allen Geheimkonferenzen des Auswärtigen Amtes, des Kriegs- und des Marineministeriums. Sein Büro in der Budapester Straße, am Bahnhof Zoo, war personell gut ausgestattet. Er beschäftigte drei Sekretärinnen und diktierte ihnen seine Berichte und Briefe nach Stenogramm. Seine Arbeitskraft wurde allgemein bewundert. Von sieben Uhr morgens bis zehn Uhr abends war er oft ununterbrochen aktiv.³

Bei Reisen, durch Kontakte mit Regierungsstellen, Pressesprechern, Zeitungsredaktionen, unter anderem in der Schweiz, Italien, Schweden und Holland, versuchte er, die deutsche Kriegspolitik in ein günstiges Licht zu rücken. Er sammelte Nachrichten und gab Informationsschriften heraus. Niemand in Deutschland war so gut unterrichtet wie er. Bethmann Hollweg setzte ihn als Sonderbotschafter ein, insbesondere um die Politik Österreichs zu beeinflussen und Italien und Rumänien aus dem Krieg herauszuhalten. Darüber hinaus betrieb er

2 Wolfgang Ruge, Matthias Erzberger. Eine politische Biographie, Berlin 1976, S. 40 ff.; Klaus Eppstein, Matthias Erzberger, a. a. O., S. 129 ff.

3 Peter Hanssen, Diary, a. a. O., S. 262.

eigene Projekte, wollte z.B. den weltlichen Besitz des Vatikans wiederherstellen. Viele seiner Pläne waren unrealistisch, meist scheiterte er damit.

Erzberger pflegte einen wöchentlichen Briefwechsel mit der Münchner Regierung Hertling, dem Sekretär des Papstes, Gerlach, ebenso wie mit Nuntius Pacelli in München und hatte dadurch Einblick in die Politik des Vatikans.

In Hinsicht auf die Kriegsziele hatte Erzberger, wie dargelegt, bereits im September 1914 ein weitreichendes Eroberungsprogramm formuliert. Es entsprach dem der Schwerindustrie ebenso wie der von den Konservativen, Nationalliberalen und dem Zentrum vertretenen Annexionspolitik. Seit dem Frühjahr zog Thyssen ihn bei Rüstungsprojekten häufiger heran und schlug ihm vor, in den Aufsichtsrat seiner Firma einzutreten. Der stets geschäftstüchtige Erzberger stimmte zu. Dafür erhielt er ein Gehalt von 40.000 Reichsmark im Jahr.⁴ Er fand nichts dabei, sich in einer derartig großzügigen Weise von dem Protagonisten schwerindustrieller Interessenpolitik bezahlen zu lassen. Wofür er sich engagieren sollte, zeigt ein Brief an Thyssen vom Juni 1915. Darin waren alle bereits beschriebenen Kriegsziele der Schwerindustrie aufgeführt einschließlich ausreichender Kriegsentschädigungen, um Deutschland nach dem Krieg zu erwartende Steuererhöhungen von jährlich drei Milliarden Mark zu ersparen.⁵ In einem Zeitungsartikel schlug Erzberger vor, mit Bomben aus der Luft ganz London zu vernichten. Das sei humaner, als noch einen einzigen deutschen Volksgenossen auf dem Kampffeld bluten zu lassen.⁶

Zum Missfallen Bethmann Hollwegs begann er mit dem bayerischen Ministerpräsidenten Graf Hertling über den künftigen Status Belgiens zu verhandeln. Belgien solle preußisch werden, Bayern dafür Elsass-Lothringen erhalten. Im Frühjahr 1917 näherte er sich in Hinsicht auf Belgien der Position des deutschen Kanzlers an: keine Annexion, aber wirtschaftliche und militärische Beherrschung, um für Deutschlands Zukunft eine gesicherte Handelspolitik zu garantieren.

Die Aktivitäten schwerindustrieller Kreise, in Verbindung mit Konservativen, Nationalliberalen und Oberster Heeresleitung, Kanzler Bethmann Hollweg zu beseitigen, wurden nach dem Friedensangebot des Kanzlers vom Dezember 1916 ununterbrochen verstärkt. Auf einer Konferenz im Hotel Adlon wurde im Februar 1917 eine entsprechende Eingabe an den Kaiser

4 Epstein, Matthias Erzberger, S. 484 f.

5 Abgedruckt bei Epstein, Matthias Erzberger, a. a. O., S. 129.

6 Artikel in der Anklamer Zeitung, Februar 1915, bei Epstein, a. a. O., S. 129.

geplant. Ein Schreiben Hindenburgs vom 14. März, den Kanzler zu entlassen, hatte keinen Erfolg.⁷ Im Zuge dieser Anstrengungen wurden Helfer beim Kanzlersturz im Reichstag gesucht.

Was bisher keiner geschafft hatte, das zu erreichen muss dem umtriebigen Erzberger als eine besonders reizvolle Aufgabe erschienen sein. Er traf sich seit dem Frühjahr 1917 mehrmals mit dem SPD-Abgeordneten Oberst Bauer und stand mit ihm in ständigem Briefkontakt.⁸ Seit Mai 1917 arbeitete er mit der Obersten Heeresleitung zusammen, um deren Kriegszielpolitik im Parlament durchzusetzen. Er war nun derjenige, der hinter den Kulissen die Fäden zog, um die Politik Bethmann Hollwegs zu hintertreiben.⁹

Im Untersuchungsausschuss über die Ursachen des Zusammenbruchs kamen die ehemaligen Reichstagsabgeordneten und Sachverständigen bei ihren Diskussionen über den Reichstag im Weltkrieg in vielen Beiträgen auf Erzberger zurück. Oft wurde über seinen Charakter gesprochen, der ihn befähigte, auf das politische Geschehen im Krieg einen so großen Einfluss zu nehmen: seine Fähigkeit zu unzähligen Kontakten nach allen Richtungen, Vitalität, „Leichtwendigkeit“, Undurchsichtigkeit. Er arbeite immer „auf weite Sicht“.¹⁰ Scheidemann nannte seine „Beweglichkeit“ und „eine gute Nase für reife Situationen“ als hervorstechende Charaktereigenschaft. Conrad Haußmann bezeichnete Erzbergers Charakter in seinen Aufzeichnungen als „ulysses-artig“. „Er war so erfindungsreich, aber robuster als der Dulder Odysseus“, einer, der aus jeder Gefahrensituation einen Ausweg fand.¹¹

2. Kapitel

Ziele Erzbergers in der Julikrise 1917

Von den Inhalten der vielen Besprechungen zwischen Vertretern der Reichstagsparteien, in denen die Weichen für das Geschehen der Tage zwischen 3. und 19. Juli 1917 gestellt wurden, gibt es nur wenige Aufzeichnungen. Aber in den Grundzügen kann man das, was ge-

7 Graf Westarp, *Konservative Politik*, 2. Bd., a. a. O., S. 303–335; *Deutschland im Ersten Weltkrieg*, Autorenkollektiv, a. a. O., S. 724–730.

8 Wilhelm Deist, *Militär und Innenpolitik im Weltkrieg*, 2. Teil, Düsseldorf 1970, S. 764–768; *Der Interfraktionelle Ausschuss 1917/18*, 1. Teil, bearbeitet von Erich Matthias und Rudolf Morsey, Düsseldorf 1959, S. 173 ff.

9 *Werk des Untersuchungsausschusses, Die Ursachen des Zusammenbruchs im Jahre 1918*, IV.2, Bd. 7.2, a. a. O., S. 235.

10 *Das Werk des Untersuchungsausschusses, Ursachen des Zusammenbruchs im Jahre 1918*, IV.2, Bd. 7.2, S. 238–242.

11 Scheidemann, *Der Zusammenbruch*, a. a. O., S. 85; Haußmann, *Schlaglichter*, a. a. O., S. 143; Aus Conrad Haußmanns *politische Arbeit*, hrsg. von seinen Freunden, Frankfurt a. M. 1923, S. 109

schah, aus Aufzeichnungen in Tagebüchern, Lebenserinnerungen, Protokollen von Sitzungen politischer Gremien und Zeitungsberichten einigermaßen rekonstruieren.

In der zweiten Juniwoche 1917 vermittelte Oberst Bauer zunächst mit Stresemann, der nach Bassermanns Krankheit in der Nationalliberalen Partei immer mehr Einfluss gewann, ferner mit Erzberger, Gespräche mit Hindenburg und Ludendorff.¹²

Bei einer Unterredung zwischen Erzberger und Bauer am 10. Juni kam auch zur Sprache, wie schlecht die militärische Situation für Deutschland war und dass auch mit einem vierten Kriegswinter zu rechnen sei. Beide begannen, Pläne aufzustellen, ein „geistiges Kriegsernährungsamt“ zu errichten, um die Stimmung der Volksmassen zu heben. Am 19. Juni traf sich Erzberger erneut mit Bauer. Dem Kanzler blieb dieses Treiben, das offensichtlich gegen ihn und die Regierung gerichtet war, nicht verborgen. Bauer stellte ihm gegenüber klar, die Kontakte mit Erzberger hätten rein privaten Charakter gehabt. Erzberger unterrichtete den Kanzler in einem Brief vom 16. Juni darüber und behauptete, es sei um Probleme der Munitionsversorgung gegangen.¹³ Bethmann Hollweg hatte aber Verdacht geschöpft, dass sein enger Mitarbeiter auf die Seite seiner Gegner übergetreten sei.

In den letzten Junitagen hatte Erzberger von sozialdemokratischen Reichstagskollegen erfahren, es könne nicht damit gerechnet werden, dass ihre Fraktion die neuen Kredite ohne weiteres genehmigen würde. Nach Unterredungen mit den SPD-Abgeordneten Südekum und Cohen-Reuß Ende Juni wusste er über die Vorgänge in der SPD Bescheid. Ihm kam zur Kenntnis, dass die Sozialdemokraten einen Antrag einbringen wollten, um die Zustimmung zu den Krediten von klaren Bedingungen abhängig zu machen. Die Regierung müsse sich mit der Formel Scheidemanns für einen Frieden „ohne Annexionen und Kontributionen“ einverstanden erklären. Falls die Kredite von den Sozialdemokraten abgelehnt würden, schien ihm der innere Zusammenbruch wahrscheinlich zu sein.¹⁴

12 Der Interfraktionelle Ausschuss 1917/128, 1. Teil, a. a. O., Oberst Bauer, Aufzeichnungen über den Sturz des Reichskanzlers von Bethmann Hollweg, S. 81–83; Stresemann an Franz v. Buhl „In der Bethmannkrise habe ich Tag für Tag für Tag mit der Obersten Heeresleitung zusammengearbeitet.“, S. 477.

13 Eppstein, a. a. O., S. 208 ff.

14 Erzberger, Erlebnisse, a. a. O., S. 259 f.



Zentrumsabgeordneter Erzberger, SPD-Abgeordneter Südekum und Otto Arend von den Freikonservativen

In welcher Weise Erzberger in den folgenden Tagen taktierte, lässt sich an seinem Verhalten während der erwähnten Krisensitzung des 2. Juli 1917 beobachten. Die Stimmung in der Bevölkerung sei deswegen so schlecht, weil die Menschen fürchteten, dass ein neuer Kriegswinter bevorstünde. Man frage sich natürlich, ob der Krieg noch siegreich zu Ende geführt werden könne, ob man ihn nicht vielmehr durch eine politische Lösung zu Ende bringen müsse. Die größte Gefahr sei die Uneinigkeit. Es gelte die äußerste Entschlossenheit im ganzen Volk wiederherzustellen. Es müsse alles getan werden, „um die Stimmung hoch zu erhalten“. „Gelingt es, Einigkeit herzustellen, so halten wir durch.“

Diese Darlegungen waren schillernd und vieldeutig. Er war der einzige, der in dieser Sitzung auf die Erklärungen Scheidemanns und Davids einging und aufzeigte, dass sie ernst genommen werden mussten. Die Einigkeit wiederherstellen, das konnte nur heißen, deren Forderungen nach einer Reichstagsentschließung aufzunehmen und sie mit den Kriegszielforderungen der anderen Parteien in Einklang zu bringen. Endziel für Erzberger war, die Möglichkeiten zum Durchhalten zu schaffen. Das wollten die Vertreter der anderen Parteien und Kanzler Bethmann Hollweg auch. Aber einen Weg, wie das geschehen könnte, hatten sie au-

ßer den Vorschlägen nach der Reform des preußischen Wahlrechts nicht. Erzberger wollte mehr bieten.

Dass die Gefahr innerer Unruhen, eines Umsturzes drohte, wurde von vielen Beobachtern der innenpolitischen Situation befürchtet. Der Berliner Historiker Hans Delbrück trat in einem Brief an Bethmann Hollweg vom 1. Juli 1917 dafür ein, umgehend die vollständige Reform des preußischen Wahlrechts mit gleicher Gewichtung der Wählerstimmen zu verkünden. Eine Anzahl liberale Professoren, wie Meinecke, Troeltsch, Harnack und andere, schlossen sich dieser Forderung an. Delbrück war der Auffassung, dass nach dem Scheitern des U-Boot-Krieges, angesichts der Gefahren, die von den USA drohten, der Unerreichbarkeit eines Friedens mit Russland die „innere Krisis“ zu befürchten sei. Die Sozialdemokraten zu stützen sei ein „Rettungsmittel“ vor dem, was nun drohe: dem inneren Zusammenbruch.¹⁵

Die Redakteure des Berliner Zentrumsblattes *Germania* waren in alles, was Erzberger wollte, eingeweiht und erläuterten seine jeweiligen taktischen Schritte. Sein Einfluss auf die Zeitung beruhte auch darauf, dass er aus dem Vermögen seiner Frau Besitzanteile an ihr erworben hatte.

Welches Ziel Erzberger seit Ausbruch der Krise verfolgte, lässt sich aus einem Zeitungsartikel der *Germania* vom 11. Juli entnehmen. Er war auf der ersten Seite abgedruckt worden. Hingewiesen wurde zunächst darauf, dass mit den Drohungen der Sozialdemokraten, Zweideutigkeiten in Hinsicht auf die Kriegsziele nicht mehr zuzulassen, eine Krise entstanden sei. Dar- aus habe sich die Initiative der bürgerlichen Parteien des Reichstags ergeben. Es gehe jetzt darum, „den reinen Verteidigungscharakter der deutsche Notwehr in entschiedener Absage an alles alldeutsche Gerede festzulegen“. Das Zentrum strebe allein danach, für das Vaterland das zu erreichen, was es brauche, um den großen Kampf zu Ende zu führen. „Das wird der Leitstern für das Handeln des Zentrums sein und bleiben.“ Die weitere Mitwirkung der Arbeiterschaft am deutschen Verteidigungskrieg sei für sein Gelingen unentbehrlich.

Für die „Lösung der Krise“, so die *Germania* am 11. Juli, sei die parlamentarische Konstellation noch nicht zu übersehen. „Es scheint aber sicher“, so heißt es dann, „dass eine Einigung über eine Friedensresolution unter der Voraussetzung zu erzielen ist, dass der Posten des Kanzlers neu besetzt wird“.¹⁶ Bethmann Hollweg sollte also beseitigt werden. Als Gegenleis-

15 Bethmann Hollweg, Betrachtungen zum Weltkrieg, hrsg. von Jost Dülffer, Entwurf, „Das erste Halbjahr 1917“, S. 376 f.

16 *Germania*, Ausgabe 11. Juli 1917.

tung sollte das Zentrum, das die Sozialdemokraten brauchten, „eine bestimmte Erklärung“ über die Kriegsziele „ohne Annexionen und Kontributionen“ unterstützen.

Zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen! Erzbergers Vorhaben schien illusionär. Die Zentrumsfraktion wollte von Friedensvorschlägen nichts wissen. Die meisten Fraktionsmitglieder lehnten auch eine Reform des preußischen Wahlrechts ab. Die Mehrheit des Zentrums stand ebenso wie die Fortschrittliche Volkspartei zu diesem Zeitpunkt hinter Bethmann Hollweg. Erzberger unternahm den Versuch, die bestehenden Gegensätze innerhalb der Parteien und zwischen den Fraktionen aufzulösen und sie zum gemeinsamen Handeln für das, was er erreichen wollte, zusammenzuführen. Seine Partei, möglicherweise auch die Nationalliberalen, mussten dazu gebracht werden, die preußische Wahlrechtsreform zu akzeptieren und eine Friedensinitiative im Reichstag zu unterstützen, so sein Plan. Die Gegenleistung der Sozialdemokraten konnte eventuell eine Beteiligung am Sturz des Kanzlers sein.

3. Kapitel

Die Gründung des Interfraktionellen Ausschusses

Am Morgen des 2. Juli um acht Uhr fand im Reichstag eine Unterredung zwischen Erzberger und Richard Müller-Fulda von der Zentrumsfraktion statt. Erzberger weihte diesen in seine Pläne ein. Er schilderte ihm seinen Eindruck von der katastrophalen Stimmung in Deutschland, die Spannungen in der SPD und erwähnte auch die Friedensnote des Papstes, deren Inhalt er kannte. Jetzt komme es darauf an, eine Kundgebung des Reichstags für einen annexionslosen Frieden, wie ihn die Sozialdemokraten forderten, zu unterstützen. Nach einem späteren Zeugnis von Müller-Fulda fiel der Vorschlag, eine interfraktionelle Besprechung abzuhalten, um andere Parteien, vor allem die Fortschrittliche Volkspartei, dafür zu gewinnen.¹⁷ Am gleichen Tag muss eine Art taktisches Bündnis zwischen Erzberger und den Sozialdemokraten zustande gekommen sein. Um ihre Zustimmung zu den Krediten zu erreichen, stellte er ihnen eine Erklärung der anderen Parteien in Aussicht.¹⁸ Scheidemann konnte das gar nicht fassen, sprach von der „Bekehrung des Matthias“. David schien das kaum glaubhaft zu sein.¹⁹

17 Die Ursachen des Deutschen Zusammenbruches, IV.2, Bd. 7.1, a. a. O., S. 384 f.

18 Die Reichstagsfraktion der deutschen Sozialdemokratie, 2. Teil, a. a. O., Cohen-Reuß, S. 272.

19 Scheidemann, Zusammenbruch, S. 85; David, Kriegstagebuch, S. 240.

Bereits am folgenden Tag, dem 3. Juli, erlebten die im Hauptausschuss versammelten Reichstagsabgeordneten, Regierungsmitglieder und Beamten ihn mit Friedrich Ebert und anderen Sozialdemokraten in gemeinsamer Aktion. Nachdem Finanzstaatssekretär Graf Roedern die gegenwärtigen Kosten des Krieges von monatlich drei Milliarden Mark begründet und erklärt hatte, warum eine neue Kreditvorlage von 15 Milliarden Mark notwendig sei, ergriff Ebert das Wort.

Er schilderte mit einer Drastik und Schonungslosigkeit, wie das in den politischen Entscheidungsgremien zuvor nicht geschehen war, die katastrophale wirtschaftliche und soziale Lage der Bevölkerung. Das Fazit, das sich für ihn daraus ergab, hieß: Wir sind am Ende unserer Kraft, wir sind am Schluss.²⁰ Dass die militärischen Mittel zur Fortführung des Krieges ausreichten, hielt er für zweifelhaft. Obwohl die Versenkung von feindlichem Schiffsraum weit höher sei als prognostiziert, sei England keineswegs, wie angekündigt, in sechs Monaten zusammengebrochen. Vielmehr stärke der Eintritt der USA die Widerstandskraft in diesem Land. Das Volk habe in seiner Verzweiflung alles Vertrauen zur Regierung verloren, es bleibe nur die Möglichkeit zur Einleitung sofortiger Friedensverhandlungen aufgrund der Formel „ohne Annexionen und Kontributionen“. Ferner forderte er die konsequente Reform des preußischen Dreiklassenwahlrechts.

Erzberger sprang ihm sofort bei. Er kritisierte die „vollständig falsche Berechnung der Versenkungsziffern“, die Täuschung der Öffentlichkeit in Bezug auf den U-Boot-Krieg. England, dem die gesamte Welttonnage zur Verfügung stehe, werde auch 1918 nicht um Frieden bitten müssen. Durch eine Offensive großen Stils irgendeinen entscheidenden Erfolg im Landkrieg herbeizuführen werde nicht gelingen. Es sei ein Irrtum zu glauben, Deutschland könne mit dem Schwert den Frieden diktieren. Jetzt sei die Frage, wie man aus dem Krieg herauskomme.²¹

Was er dazu vorschlug, stand im Gegensatz zu den Forderungen Eberts. Der Formel des russischen Arbeiter- und Soldatenrats zu folgen, einen Frieden des Status quo zu erstreben, hielt er nicht für sinnvoll. Das würde von den Gegnern als Zeichen der Schwäche aufgefasst, sei in Deutschland nicht durchsetzbar und garantiere keinen dauerhaften Frieden. Auf die innere Einheit und Geschlossenheit komme es jetzt an. „Die Basis zu einer allgemeinen Ver-

20 Der Hauptausschuss des deutschen Reichstags, Bd. 3, a. a. O., S. 1480–1485, auch zum Folgenden.

21 Der Hauptausschuss des Deutschen Reichstags, Bd. 3, a. a. O., S. 1485–1489, auch zum Folgenden.

ständigung“ liege in der Rückkehr zu dem Gedanken, unter dem der Krieg begonnen worden sei: nicht zu Eroberungszwecken, sondern zur Verteidigung des Vaterlandes gegen fremde Angriffe. Dazu seien die Waffen erhoben worden.



Erzberger als Finanzminister

Erzberger unterstützte Eberts Forderung, dass Schritte zu einem neuen Friedensangebot unternommen werden müssten. Betont werden sollte der Verteidigungscharakter des Krieges. Ziel sei ein „dauerhaften Frieden“, das hieß mit „Sicherheitsgarantien“. Es handelte sich um die bekannten Worthülsen, auslegbar, nichts anderes als bisher. Von der belgischen Frage sprach er nicht, obwohl jeder wusste, dass hier der Schlüssel für einen Frieden lag.

Auf diese Vorstöße Eberts und Erzbergers am 3. Juli hin entwickelte sich im Hauptausschuss in den Sitzungen des 4. bis 6. Juli eine wütende, leidenschaftliche, sich immer weiter zuspitzende Debatte.²²

Für die Sozialdemokraten führen die SPD-Abgeordneten Noske und vor allem Hoch noch stärkere Geschütze auf. Ihre Darlegungen über die unerträglichen sozialen Verhältnisse, die Notlage der Bevölkerung untermauerten Eberts Darstellung und ließen überhaupt keinen Widerspruch zu. Demnächst würden „alle Dämme brechen“. Hoch hielt den Versammelten vor, den Arbeitern und Bauern sei jeder Friede recht, das deutsche Volk sei am Ende seiner Kraft, es befinde sich bereits mitten in der Revolution.

Die Beschönigungsversuche der Regierungsmitglieder, der Konservativen und Nationalliberalen wirkten hilflos. Es bleibe keine andere Wahl, als durchzuhalten, das Volk müsse zu neuer Kriegsbegeisterung hingerissen werden. Der U-Boot-Krieg habe alle Erwartungen übertroffen, die Wirkung auf England werde nicht ausbleiben. Vor allem dürfe Deutschland mit dem Reden vom Frieden keine Schwäche zeigen. Stresemann gab sogleich der Reichsführung die Schuld an der Verwirrung über die Kriegsziele und an der „Zerfleischung der Parteien“.

Der Sprecher der Fortschrittlichen Volkspartei, Gothein, ging schon am 5. Juli mit großer Entschiedenheit auf die Sozialdemokraten zu und übernahm deren Position. Bei den Liberalen hatte sich der linke Flügel um Haußmann durchgesetzt, deren entschiedenster Vertreter Gothein war. Er nannte Tirpitz einen „Bluffer“. Der uneingeschränkte U-Boot-Krieg habe die USA an die Seite Englands geführt und Deutschlands Position verschlechtert. Der Reichstag dürfe sich nicht weiter mit Versprechungen abspesen lassen, das Volk wolle etwas sehen. Eine wirkliche Reform des preußischen Wahlrechts sei überfällig. Man müsse zum Friedensziel von 1914 zurückkehren und „diesen unseligen Krieg und das größte Elend, dass je über die Menschheit gekommen ist, zu Ende bringen“.

22 Der Hauptausschuss des Deutschen Reichstags, 3. Bd., a. a. O., S. 1489–1537, auch zum Folgenden.

Das Zentrum reagierte unentschlossen. Der Fraktionsvorsitzende Spahn betonte, dass Erzbergers Ausführungen „eindrucksvoll“ seien. Mit der Fraktion habe er seinen Vorstoß nicht abgesprochen, aber jeder müsse sich fragen, ob auf dem von ihm vorgeschlagenen Weg der Versuch gemacht werden könne, zu einem Frieden zu gelangen.

Als Vertreter der Regierung bemühten sich die Staatssekretäre Helfferich, Zimmermann, Graf Roedern und Capelle in stundenlangen Vorträgen, mit immer wieder neuem Zahlenmaterial zu beweisen, dass der U-Boot-Krieg weiterhin aussichtsreich sei. Früher oder später werde England zusammenbrechen.

Deren Argumente widerlegte schließlich Erzberger mit seiner berühmten Rede vom 6. Juli. Für seine These, dass England durch den U-Bootkrieg nicht in die Knie zu zwingen sei, da es sich bei Schiffstransporten auf die gesamte Welttonnage stützen könne, lieferte er jetzt genauere Berechnungen und beweiskräftiges Zahlenmaterial. Er hatte das, was er hier vorbrachte, weder mit seiner Partei noch mit den Vertretern der Regierung abgesprochen. Noch in einer Konferenz Helfferichs mit den Parteiführern am 30. Juni hatte er versichert, er werde seine Bedenken gegen den Erfolg des U-Boot-Krieges, die er auch hier schon vorgetragen hatte, zurückhalten. Wie im Erzbergerprozeß 1920 herauskam, sollte hier ein Schock erzeugt werden. Ziel war, die Parteien zu Beratungen zusammenzuführen.²³

Unter den zahlreichen im Hauptausschuss versammelten Beamten und Parlamentariern schlug das, was Erzberger an diesem Tage sagte, wie eine Bombe ein. In der allgemeinen Verwirrung, da alle bisherigen Hoffnungen zusammengebrochen waren, wiederholte er seine Forderung nach einer Friedensinitiative des Reichstags. Eine EntschlieÙung, wie er sie im Auge habe, werde man Deutschland nicht als Schwäche auslegen können. Einen „Unterwerfungsfrieden“ werde Deutschland nicht abschließen.²⁴ Den erneuten Widerlegungsversuchen Helfferichs und Außenstaatssekretär Zimmermanns hörte wahrscheinlich niemand mehr zu.

Der Vorschlag, Besprechungen zwischen den Parteien aufzunehmen, wurde von den Liberalen Haußmann und Naumann aufgegriffen. Sie forderten die anderen Parteien dazu auf mitzumachen. Für Naumann ging es darum, „über die Bedingungen der Kreditbewilligung zu sprechen“. Ebert schlug die Einsetzung eines Unterausschusses vor, um den Vorschlag Erzbergers zu realisieren. Der Interfraktionelle Ausschuss war gegründet. Er trat zur Formulierung einer Friedensresolution noch am Nachmittag des 6. Juli zusammen. Erzbergers Schock-

23 Erzberger, Erlebnisse im Weltkrieg, a. a. O., S.255–262.

24 Der Hauptausschuss des Deutschen Reichstags, 3. Bd., a. a. O., S. 1488 f.

therapie hatte das Zentrum und auch die Nationalliberalen dazu gebracht, an den Beratungen teilzunehmen.

Für Conrad Haußmann, der wie wohl kein anderer in das ganze Hintergrundgeschehen der Julikrise eingeweiht war, war es später moralisch unverzeihlich, was Erzberger in diesen Tagen tat. „Wenn man am 6. und 7. Juli 1917 eine Politik der Einlenkung zur Friedensstimmung propagiert und damit der Reichsregierung Bethmanns Luft gegen Ludendorff und Bauer schafft, dann darf man nicht am 7. und 8. Juli insgeheim mit Oberst Bauer und Rechtspolitikern den Sturz Bethmann Hollwegs vereinbaren“²⁵ Dass es vor allem hierum ging,²⁶ war den meisten nicht wohl nicht klar.

4. Kapitel

Die Ausarbeitung der Friedensresolution

An den Beratungen des Interfraktionellen Ausschusses vom 6. bis 13. Juli über die Friedensresolution nahmen 16 Abgeordnete, je vier von den Nationalliberalen, aus dem Zentrum, von der Fortschrittlichen Volkspartei und den Sozialdemokraten teil. Nicht zu jeder Sitzung kamen alle, einige von ihnen wurden an einzelnen Tagen von Parteikollegen vertreten. Zum Leiter des Gremiums wurde Friedrich Payer gewählt, Vorsitzender der Fraktion der Fortschrittlichen Volkspartei.

Das gesamte Material der Verhandlungen wurde von Erich Mathias und Rudolf Morsey mit großer Umsicht und Fachkenntnis bearbeitet. Ihre Edition der Akten des Interfraktionellen Ausschusses stellt eine zuverlässige Grundlage zur Erforschung der Thematik dar. Die Quellenlage ist allerdings lückenhaft. Die vorliegenden Aufzeichnungen über die Sitzungen sind keine Protokolle, sondern Stenogramme Südekums für den eigenen Gebrauch. Redebeiträge sind meist nicht wörtlich wiedergegeben, sondern zusammengefasst oder gekürzt, oft auch in einer speziellen Terminologie des Verfassers festgehalten. Wichtigen Aufschluss geben ergänzend Tagebuchaufzeichnungen Haußmanns und Davids sowie Dokumente aus Erzbergers und Stresemanns Nachlaß. Scheidemanns Darstellung in seinem Buch „Der Zusammenbruch“ beruht zwar auf täglichen persönlichen Niederschriften, ist aber deswegen kritisch zu be-

²⁵ Aus Conrad Haußmanns politischer Arbeit, a. a. O., S.110.

²⁶ Der Prozess Erzberger–Helfferich. Ein Rechtsgutachten, 2. Auflage Ulm 1921, S. 51–79.

trachten, weil er sein Verhalten so beschreibt, wie er es nach dem verlorenen Krieg gesehen haben wollte. Zum Vergleich lassen sich seine bereits 1917 in der *Glocke* veröffentlichten Aufzeichnungen heranziehen.²⁷

Die erste Sitzung begann am 6. Juli um 15 Uhr 30.²⁸ Man kann davon ausgehen, dass die SPD-Vertreter Ebert, Scheidemann, David und Südekum sich darüber einig waren, was sie wollten, nämlich eine Friedensresolution, wie sie sie im Hauptausschuss verlangt hatten. Nach David sollte „die Formel ganz klar, ehrlich und offen sein“. Auch die Entente dürfe nicht daran vorüber kommen.

Bei den Liberalen war mit Payer, Haußmann, Gothein und Müller-Meinigen überwiegend der eher pazifistische Flügel der Partei repräsentiert. Payer forderte, einen Text ohne Phrasen, der keine Deuteleien zuließ, zu formulieren.

Von den Zentrumsvertretern Fehrenbach und Müller-Fulda kann man annehmen, dass sie für eine Friedensinitiative eintraten, um dabei nicht den Sozialdemokraten allein das Feld zu überlassen. In der Zentrumskorrespondenz hieß es, der Vorstoß des Herrn Erzberger sei nötig gewesen, um einen Antrag der Sozialdemokratie zugunsten des Scheidemannschen Verzichtsfriedens zu verhindern. Ähnlich äußerte sich Fehrenbach in einer Rede in Freiburg am 17. Juli.1917.²⁹ Erzberger war an der Formulierung des Resolutionstextes nicht beteiligt, er überließ die Arbeit seinen Kollegen.³⁰ Spahn, unterstützt von Pfleger, bemühte sich darum, auch die Konservativen mit in die Beratungen einzubeziehen. Der Text sollte mit ihrer Hilfe in einem Sinn, der auch weiterhin Annexionen zuließ, „umgebogen“ werden.³¹

Die nationalliberalen Vertreter Schiffer, von Richthofen, von Calker und Junck waren von der Notwendigkeit, zum jetzigen Zeitpunkt eine Friedensresolution zu beschließen, überzeugt, während Stresemann ausschließlich die Beseitigung Bethmann Hollwegs erreichen wollten. Er nahm nur an der ersten Sitzung teil.³²

27 Der Interfraktionelle Ausschuss 1917/18, bearbeitet von Erich Matthias und Rudolf Morsey, 1. Teil, Düsseldorf 1959; Philipp Scheidemann, Die Friedensresolution, Tagebuchblätter, in: Die Glocke, 6. Jg. 1920, drei Teile, S. 147–235.

28 Der Interfraktionelle Ausschuss, 1917/18, 1. Teil, a. a. O., S. 3–12, auch zum Folgenden.

29 Graf Westarp, Konservative Politik, 2. Bd., S. 475.

30 Philipp Scheidemann, Memoiren eines Sozialdemokraten, 2. Bd., Dresden 1928, S. 35; Ursachen des Zusammenbruchs, IV.2, Bd. 7.1, a. a. O., S. 283.

31 Die Ursachen des Zusammenbruchs, IV.2, Bd. 7.2, a. a. O., S. 169 f.

32 Das ergibt sich aus den Gesamtverhandlungen, Der Interfraktionelle Ausschuss 1917/18, 1. Teil, a. a. O., S. 3–115; danach auch das Folgende.

Die Beteiligten waren sich äußerst unsicher, wie der Text formuliert werden müsse, damit er angesichts unterschiedlicher Intentionen in der Friedensfrage in den Fraktionen überhaupt durchsetzbar war.

Zunächst wurde über die Frage des preußischen Wahlrechts verhandelt. Eine bestimmte Erklärung, dass in Preußen auch das gleiche Wahlrecht eingeführt werden solle, ließ sich nicht erreichen, da eine solche bei den Nationalliberalen und im Zentrum mehrheitlich nicht zustimmungsfähig war. Stresemann und Erzberger machten das klar. Payer wurde aber beauftragt, dem Kanzler im Namen der versammelten Fraktionsvertreter mitzuteilen, dass er dies beim Kaiser durchsetzen solle. Bethmann Hollweg müsse den Kaiser zu einer Erklärung veranlassen, dass, über die Osterbotschaft hinausgehend, auch das Gleichheitsprinzip bei der Reform zur Anwendung komme. Das Problem, ob dies im Preußischen Abgeordnetenhaus eine Mehrheit finden und inwieweit es in der Presse der beiden Parteien bekämpft werden würde, griff man gar nicht erst auf.

Die Sozialdemokraten konnten nun jedoch darauf hoffen, dass der Kanzler die Zustimmung beim Kaiser in den nächsten Tagen erreichen könnte, was dann auch gelang (s. folgendes Kapitel). Ganz offensichtlich war vorher abgesprochen worden, dass sie, nachdem die anderen Parteien sich zu diesen Beratungen bereit erklärt hatten, von ihren Wünschen Abstriche machen und Gegenleistungen erbringen müssten.

Die Rechnung wurde ihnen sogleich von Stresemann und Erzberger präsentiert. Eine Friedensresolution sei zwecklos, wenn nicht zuvor ein „Personalwechsel“ eingetreten sei. Im folgenden wurde, nach den Aufzeichnungen Südekums, ständig von „Systemwechsel“ gesprochen, oder es war von einer „Erneuerung der Regierung“ die Rede.³³ Gemeint war damit auch die Forderung einer Berufung von Reichstagsabgeordneten in Regierungsämter bzw. Beratungsgremien der Regierung, eine Verfassungsreform mit mehr Einfluss des Parlaments. Niemand sprach offen aus, dass so vor allem der Sturz des Kanzlers zum Thema geworden war. Die Nationalliberalen kamen in den folgenden Tagen immer wieder darauf zurück. Sie verkündeten klipp und klar, dass ihre Fraktion der Friedensresolution nur dann zustimmen werde, wenn zuvor der Kanzler zurückgetreten sei.

33 Der Interfraktionelle Ausschuss 1917/18, 1. Teil, a. a. O., S. 5–12.

Die Sozialdemokraten und Liberalen ließen sich jedoch, unterstützt von Fehrenbach, nicht davon abbringen, zunächst einmal die Aufgabe, einen konsensfähigen Resolutionstext zu formulieren, in Angriff zu nehmen.

Die Friedensresolution entstand, indem verschiedene Entwürfe formuliert wurden, die dann immer wieder abgeändert wurden.

Man muss von dem ersten Vorschlag ausgehen und ihn mit der späteren Endfassung vergleichen (siehe Anfang dieses Teils), um zu verstehen, was in den folgenden Tagen beim Ringen um den endgültigen Wortlaut geschah. Diese erste Fassung, mit deren Ausarbeitung Gothein, David, Richthofen und Erzberger am 6. Juli beauftragt worden waren, wurde in seinen zentralen Aussagen dem Anliegen der SPD und der Fortschrittlichen Volkspartei, jedenfalls ihrem linken Flügel, in einem gewissen Umfang gerecht. Sie basierte auf der Vorarbeit Gotheins, erhielt unter Mitarbeit Davids und Richthofens ihre endgültige Form und wurde im Ausschuß am 7. Juli morgens vorgetragen.³⁴ Der Text lautete folgendermaßen:

Auch am Schluss des dritten Kriegsjahres steht das deutsche Volk auf dem Standpunkt vom 4. August 1914: Uns treibt nicht Eroberungssucht. Nur zur Verteidigung seiner Freiheit, Selbstständigkeit und Unversehrtheit seines territorialen Besitzstandes wie der gleichen Interessen seiner Verbündeten führt es die Waffen. Unter Ablehnung des Gedankens zwangsweiser Gebietserwerbungen und der Vergewaltigung des Rechts anderer Völker auf Freiheit und Selbstbestimmung erstrebt der Reichstag einen Frieden der Verständigung und der Versöhnung der Völker.

Mit einem solchen Frieden sind aufgezwungene Kriegsentschädigungen und andere wirtschaftliche Vergewaltigungen unvereinbar. Unter keinen Umständen rechtfertigt die Frage finanzieller Entschädigungen eine Verlängerung des Krieges. Ebenso weist der Reichstag alle Pläne ab, die auf eine wirtschaftliche Absperrung und Verfeindung der Völker auch nach dem Krieg ausgehen. Nur wenn der Wirtschaftsfriede der Beendigung des Krieges folgt, können Wunden, die er der ganzen Welt geschlagen hat, geheilt und einem dauernden freundschaftlichen Zusammenleben der Völker der Boden bereitet werden. Von diesen Erwägungen und Zielen geleitet wird der Reichstag tatkräftig die Schaffung internationaler Rechtsorganisationen fördern, die einen dauerhaften Frieden zu verbürgen geeignet sind.

Solange aber die feindlichen Regierungen einen solchen Frieden zurückweisen und Deutschland mit Eroberungs- und Vergewaltigungszielen bedrohen, ist das deutsche Volk entschlos-

34 Der Interfraktionelle Ausschuss 1917/18, 1. Teil, a. a. O., S. 13 ff., 110–113, Gegenüberstellung sämtlicher Fassungen; danach auch das Folgende.

sen, zusammenzustehen zur Verteidigung seines Rechts auf Freiheit und Entwicklung. Das deutsche Volk weiß, dass es in seiner Einigkeit unüberwindlich ist.

Einzelne Textstellen dieser ersten Fassung wurden in den folgenden Tagen immer wieder geändert, Wörter und Wendungen gestrichen und durch andere ersetzt. David hatte ursprünglich vorgeschlagen, darin die Formel des Petersburger Arbeiter- und Soldatenrats aufzunehmen, also einen Frieden ohne Annexionen und Kontributionen zu fordern. Sie kam aber zu keinem Zeitpunkt in einem Resolutionsentwurf vor. Wer im einzelnen solche Änderungen forderte, geht aus den vorhandenen Unterlagen nicht hervor. Einwände kamen von allen Seiten, besonders von Spahn und von den Vertretern der Nationalliberalen. Jakob Riesser machte Haußmann z. B. darauf aufmerksam, dass der Schluss zu matt wirke und die Entschlossenheit zum Durchhalten stärker zum Ausdruck gebracht werden müsse. Deswegen änderte man den vorletzten Satz des Textes. Über die Vorgänge vermerkt Scheidemann am 8. Juli: „Wir werden ganz einig über die Formulierungen“, am 9. Juli: „Geraufe friedlicher Art um die Stilisierung der Erklärung“, aber noch am 11. „wird abermals am Text herumgedoktert“.³⁵ Die Sozialdemokraten gaben ständig nach.

Um eine „Stilisierung“ des Textes ging es den Ausschussmitgliedern keineswegs. Bestimmte Finessen der ausgeklügelten Textgestaltung der letzten Version, wie sie am Anfang von Teil 4 nachzulesen sind, lassen sich durch einen Vergleich der vier Fassungen erkennen, die während der Beratungen entstanden. „Nur zur Verteidigung [...] seines territorialen Besitzstandes wie der gleichen Interessen seiner Verbündeten führt es [das deutsche Volk] die Waffen.“ Schon diese Passage der ersten Fassung war nicht, wie David gefordert hatte, offen und klar. In einem Vorentwurf hatte es geheißen: „Zur Verteidigung von Haus und Hof, von Weib und Kind hat das deutsche Volk die Waffen ergriffen und führt sie noch heute.“ Diese Formulierung sagte aus, dass Deutschland in seinen alten Grenzen verteidigt werden sollte, während die in der ersten Fassung gewählte offenbar den Sinn hatte, Erzbergers Forderung zu erfüllen, dass bei Verhandlungen über künftige Grenzen der Ausgangspunkt die Wahrung des Besitzstandes war. Eroberte Gebiete sollten nicht ohne weiteres herausgegeben werden.

Nicht eindeutig war auch, wenn von Anfang an davon die Rede war, es solle keine „zwangsweisen“ Gebietserwerbungen bzw. „aufgezwungene“ Kriegsentschädigungen geben. Die Formel des russischen Arbeiter- und Soldatenrats war dadurch verfälscht, wurde von vornherein eingeschränkt. Man verzichtete nicht grundsätzlich auf Landerwerb und Reparationen.

35 Scheidemann, Der Zusammenbruch, a. a. O., S. 81–102, Gesamtdarstellung der Arbeit an der Resolution.

Deutschland sollte nicht zu seinen Vorkriegsgrenzen zurückkehren. Auch an finanzielle Wiedergutmachungsleistungen war weiterhin gedacht, sie wurden nicht ausgeschlossen.

Eine Sinnveränderung erfuhren in der zweiten Fassung die ersten Sätze der oben zitierten Erklärung. Die Änderungen hatte Richthofen von den Nationalliberalen vorgeschlagen. Das „Nur“ fiel weg, ebenso wie „Verteidigung [...] der Interessen seiner Verbündeten“. Also kämpfte Deutschland nicht „nur“ zur Verteidigung (...) weiter, sondern um noch etwas zu erreichen. Für die territoriale Integrität der Habsburgischen Monarchie wollte man sich nicht weiter einsetzen. Vor allem wurde die Passage „Ablehnung [...] der Vergewaltigung des Rechtes anderer Völker auf Freiheit und Selbstbestimmung“ gestrichen. Der ursprünglichen Formulierung hätte man entnehmen können, dass Belgien freigegeben werden und keine territorialen Erwerbungen im Westen oder Osten vorgenommen werden sollten und dass auch möglicherweise Zugeständnisse in der Elsass-Lothringen-Frage gemacht werden könnten.

Statt „Aufgezwungene Kriegsentschädigungen und andere wirtschaftliche Vergewaltigungen sind mit einem solchen Frieden unvereinbar“ und „Unter keinen Umständen rechtfertigt die Frage finanzieller Entschädigung eine Verlängerung des Krieges“, heißt es in den späteren Fassungen: „Mit einem solchen Frieden sind erzwungene Gebietserwerbungen und politische, wirtschaftliche oder finanzielle Vergewaltigungen unvereinbar.“ Die Wendung „unter keinen Umständen“ war entfallen. Möglich blieb, finanzielle Leistungen in Verhandlungen durchzusetzen. Die entscheidende ursprüngliche Forderung „keine Kontributionen“ war weggefallen.

Wie man durch Manipulationen von Zustimmungsakten der Bevölkerung oder auf dem Verhandlungswege Gebiete in den Machtbereich Deutschlands einbeziehen könnte, darüber gab es u. a. für die baltischen Staaten Pläne, die später umgesetzt wurden. Auch die Flamenpolitik der deutschen Militärverwaltung Belgiens ging in diese Richtung. Es ging darum, über gelenkte Abstimmungsverfahren den Küstenbereich Belgiens Deutschland anzugliedern.

Der Begriff „Vergewaltigung“ war vielseitig interpretierbar. Druck ausüben musste keine Vergewaltigung sein. „Der Reichstag erstrebt einen Frieden der Verständigung.“ Richtlinien, die bei einer solchen gelten mussten, z. B. das Selbstbestimmungsrecht, waren weggefallen. Verständigung konnte durch den guten Willen des Partners erreicht werden oder durch Kompensationen, aber auch unter Drohungen. Graf Westarp machte später im Hauptaus-

schuss darauf aufmerksam, dass in diesem Sinne auch der Frankfurter Frieden von 1871 ein „Verständigungsfrieden“ war.³⁶

Große Bedeutung für die Textaussage hatte auch der Schlusssatz, Deutschland werde „kämpfen, bis sein Recht auf Leben und Entwicklung“ gesichert sei. Jedes annexionistische Kriegszielprogramm enthielt derartige Formulierungen.

Die Zusicherung der ersten Fassung, dass das Volk weiter zusammenstehen und durchhalten werde, wurde in den späteren Fassungen immer weiter verstärkt. Schließlich hieß es, das deutsche Volk werde „wie ein Mann zusammenstehen, unerschütterlich kämpfen und ausharren bis seine [...] Rechte gesichert sind.“ Das klang eher bedrohlich und schränkte die Bekundung von Bereitschaft zum Verständigungsfrieden deutlich ein.

Die Sozialdemokraten und Liberalen hatten sich also mit ihren ursprünglichen Forderungen nicht durchgesetzt. Im Grunde ließen sich, wenn man die Resolution entsprechend interpretierte, alle wesentlichen Kriegszielforderungen des Zentrums und der Nationalliberalen erfüllen. Das bestätigt Erzbergers Bemerkung gegenüber dem Prinzen Max von Baden, den er in diesen Tagen zufällig in der Stadt traf. Der Prinz machte ihm heftige Vorwürfe, weil die Resolution „Würdelosigkeit und Verzagtheit“ ausdrücke. Erzbergers Antwort lautete: „Was wollen Sie, Hoheit, damit kriege ich auf dem Verhandlungswege Briey und Longwy.“³⁷

Wie die Änderungen im einzelnen ausgehandelt wurden, lässt sich nicht feststellen. In der Zentrums-Parlaments-Korrespondenz schrieb einer der Zentrumsabgeordneten, der an der Formulierungsarbeit teil hatte, manche Gedanken hätten „umgemünzt“ werden müssen, so dass der sogenannte Scheidemannfrieden ausgeschlossen wurde.³⁸

Die Zentrumsfraktion hatte am 7. Juli beschlossen, für die Resolution nicht ohne die Nationalliberalen zu stimmen. Auch Ebert forderte die Nationalliberalen immer wieder auf, der Resolution ihre Zustimmung nicht zu versagen. Schiffer, von Richthofen, Junck und von Calcker versuchten, „durch eine andere Formulierung über Schwierigkeiten hinwegzukommen“ und die Fraktion zu sich herüberzuziehen. Noch am 11. Juli behauptete Schiffer, es gebe nur noch wenige trennende Elemente. Man möge doch die Formulierung „erzwungene Gebiets-erweiterungen“ fallenlassen und dafür schreiben, Deutschland führe den Krieg „nicht zum

36 Der Hauptausschuss des Deutschen Reichstags, 3. Bd., a. a. O., S. 1648 ff.

37 Prinz Max von Baden, Erinnerungen und Dokumente, Berlin und Leipzig 1928, S.114.

38 Verhandlungen des Reichstags, stenographische Berichte, Bd. 310, a. a. O., 116. Sitzung, 19.Juli 1917, S. 3588.

Zwecke von Annexionen“. Ebert und Haußmann lehnten es in der Sitzung an diesem Tag aber kategorisch ab, weitere Änderungen vorzunehmen.³⁹ Die Nationalliberalen stellten daraufhin ihre Mitarbeit an der Resolution ein.

Am 11. Juli war nach sechstägigen Beratungen ein von allen Teilnehmern der Beratungen befürworteter Resolutionstext fertiggestellt. Geändert wurde dann unter Einfluss Hindenburgs und Ludendorffs noch die Schlusspassage. Davon wird noch die Rede sein.

Zentrale Themen eines möglichen Friedensschlusses, wie die belgische Frage, die Zukunft Elsass-Lothringens und Polens, wurden ausgeklammert. Nach einem späteren Bericht Müller-Fuldas hatte man sich darauf geeinigt, einzelne Gebiete nicht zu erwähnen. Er behauptete im „Untersuchungsausschuss über die Ursachen des Zusammenbruches“, alle seien sich einig gewesen, mit „Verzicht auf Annexionen“ sei auch Belgien gemeint gewesen.⁴⁰ Dass dies nicht der Fall war, zeigen die späteren parlamentarischen Auseinandersetzungen über die Friedensnote des Papstes. Aufrichtig und vor allem sinnvoll war es nicht, diesen zentralen Aspekt eines denkbaren Verständigungsfriedens völlig zu übergehen.

Friedensbedingungen, die sich aus der Sicht der Gegner Deutschlands und seiner Verbündeten ergeben konnten, wurden nicht diskutiert. Die Abgeordneten wußten sehr wohl über die inneren Verhältnisse in England und Frankreich und die Stimmung in der Bevölkerung dort Bescheid. Sie kannten die Reden des englischen Premierministers, die dieser Ende Juni gehalten hatte. Welche Bedeutung für den Friedensprozess diese haben könnten, wurde niemals erörtert. Nach dem Bericht der *Germania* am 3. Juli über Lloyd Georges Reden in Glasgow und Dundee „sprach daraus die Entschlossenheit, den Krieg fortzusetzen, bis Deutschland am Boden liegt“. Friedensbestrebungen in den Staaten der Entente wurden hier nicht zur Kenntnis genommen.

Einen großen Raum nahmen bei den Beratungen des Interfraktionellen Ausschusses die Diskussionen über die „Parlamentarisierung“ ein. Gefordert wurde immer wieder eine Änderung der Regierungsform. Abgeordnete sollten zu Staatssekretären berufen, Beiräte gebildet werden, um dem Reichstag mehr Einfluss auf die Regierungstätigkeit zu verschaffen. Einen greifbaren und umsetzbaren Beschluss ergaben die ausufernden und unrealistischen Erörterungen nicht.⁴¹

39 Der Interfraktionelle Ausschuss 1917/18, 1. Teil, a. a. O., S. 34–44.

40 Ursachen des Zusammenbruches, IV.2, Bd. 7.1, a. a. O., S. 385.

41 Klaus Epstein, Der Interfraktionelle Ausschuss und das Problem der Parlamentarisierung 1917–1918, HZ 191, 1960, S. 562–583.

Am Nachmittag des 13. Juli beschloss der Interfraktionelle Ausschuss, ohne die Vertreter der Nationalliberalen, auf Vorschlag Eberts und Antrag Erzbergers, die Annahme der vierten Fassung der Resolution. Sie sollte Helfferich übergeben, aber nicht veröffentlicht werden. Den Text, ohne die Änderungen des folgenden Tages, konnte man aber, wie anfangs erwähnt, am gleichen Tag schon im *8-Uhr-Abendblatt* lesen.

Payer wurde beauftragt, die Resolution noch am Abend dem Kanzler zur Kenntnis zu bringen und seine Zustimmung zu erbitten.⁴² In einem Begleitschreiben hieß es: „Die unterzeichneten Parteien unterbreiten das angeschlossene Programm, das sie gegenüber jedem Reichskanzler, unbekümmert um seine Person, im Reichstag vertreten werden.“ Dass es über die Zukunft Bethmann Hollwegs schon Absprachen gab, kann man aus dieser Formulierung herauslesen, insbesondere dann, wenn man die weitere Entwicklung kennt.

5. Kapitel

Aktivitäten der Obersten Heeresleitung und ihrer Helfer in Berlin

Der Entschluss, Bethmann Hollweg nun so schnell wie möglich aus seinem Amt zu entfernen, wurde in konservativen Kreisen, von der Obersten Heeresleitung und von Erzberger seit Beginn des Monats Juli geplant. Den letzten Anstoß dafür hatten die Verhandlungen mit Nuntius Pacelli gegeben.

Nach der erwähnten Parteiführerbesprechung vom 2. Juli sprach Helfferich Graf Westarp an, ob er sich daran beteiligen wolle. „Für Bethmann hätte sich eine konkrete Aussicht eröffnet, zu Friedensverhandlungen zu gelangen.“ Es handle sich um die Friedensaktion des Papstes vom 26./29. Juni 1917.⁴³ Nach der Rede Erzbergers vom 6. Juli und den folgenden Vorgängen im Hauptausschuss und im Interfraktionellen Ausschuss „wurde in allen Fraktionen, die bisher dem Kanzler ihr Vertrauen gewährt hatten, gegen Herrn von Bethmann Hollweg Sturm gelaufen.“⁴⁴

Trotz Verschwiegenheitspflicht waren die Ereignisse im Hauptausschuss nicht geheim geblieben. Berichte darüber waren der Obersten Heeresleitung zugegangen.⁴⁵ Was Ludendorff in helle Empörung versetzte, war, dass dort der „Sozialdemokrat Ebert“ offen erklärt hatte, sie

42 Der Interfraktionelle Ausschuss 1917/18, 1. Teil, a. a. O., S. 47–64.

43 Graf Westarp, *Konservative Politik*, 2. Bd., S. 355.

44 Karl Helfferich, *Der Weltkrieg*, 3. Bd., Berlin 1919, S. 123.

seien „am Ende unserer Kraft“, und dass Erzberger behauptet hatte, der U-Boot-Krieg sei ein Misserfolg. Nicht geduldet werden durfte Verbreitung von Defätismus, wie es im Hauptausschuss geschehen war. Vom preußischen Kriegsminister Stein alarmiert, trafen Hindenburg und Ludendorff bereits am 7. Juli in Berlin ein, um sich mit allen Kräften gegen die eingetretene Entwicklung zu stemmen. Für sie war das Maß voll. Gleich nach ihrer Ankunft in Berlin hatte sich Ludendorff von Stresemann über die Lage informieren lassen.

Bethmann Hollweg war es jedoch gelungen, bevor Wilhelm II. sie empfing, mit dem Kaiser zu sprechen und ihn daran zu erinnern, dass dem Militär nach der Verfassung kein Recht zustehe, sich in innere Angelegenheiten einzumischen. Entsprechend reagierte dieser und befahl den Generälen, noch am Abend zurück in ihr Hauptquartier zu fahren. Hindenburg und Ludendorff ließen jedoch Oberst Bauer in Berlin zurück. Unterstützt von zwei Mitarbeitern, Hauptmann von Harbour und Leutnant Schlubach, entwickelte dieser alsbald eine rege Aktivität, um die Entfernung Bethmann Hollwegs aus seinem Amt nunmehr in die Tat umzusetzen. Eine wichtige Rolle übernahm dabei auch Oberstleutnant von Haeften, zu der Zeit Leiter der militärischen Abteilung des Auswärtigen Amtes.

Stresemann erinnerte sich später an ein Treffen mit Erzberger am 7. Juli, bereits morgens um sieben Uhr.⁴⁶ Offenbar wurde hier die Strategie noch einmal abgesprochen. Am Abend des 7. Juli trafen sich beide mit Bauer und seinen Mitarbeitern im exklusiven Restaurant Hiller. Am 8. Juli folgte eine weitere Unterredung im Automobilklub mit Stresemann und Erzberger. Am 9. Juli trafen sich morgens Bauer und seine Mitarbeiter mit Erzberger, Eugen Zimmermann, dem Generaldirektor des Scherl-Verlags, und Hugenberg, Vorsitzender des Kruppdirektoriums, der seit 1916 Eigentümer dieses Zeitungsverlags war. Hier wurde ohne Zweifel über die Medienkampagne konservativer und deutschnationaler Blätter gegen Bethmann Hollweg verhandelt. Sie war schon seit dem 7. Juli in Gang. Ferner arrangierte Bauer bis zum 10. Juli weitere Zusammenkünfte u. a. mit dem Chef der Konservativen, Graf Westarp, und einflussreichen Mitgliedern der Deutschnationalen Partei.

Erzberger und Stresemann kamen überein, „alles zu tun, um Bethmanns Abdankung zu erzwingen“. Es musste verhindert werden, dass Bethmann Hollweg noch einmal Gelegenheit

45 Deist, *Militär und Innenpolitik*, 2. Teil, a. a. O., S. 790–798; Oberst Bauer, *Aufzeichnungen*, in: *Der Interfraktionelle Ausschuss 1917/18*, 1. Teil, a. a. O., S. 81; Oberst Bauer, *Der große Krieg in Feld und Heimat*, a. a. O., S. 141–144; danach das Folgende.

46 *Erzbergerprozeß*, a. a. O., S. 723, 827–830.

hatte, im Reichstag zu reden.⁴⁷ Erzberger vermutete, der Kanzler werde die Auffassung in der Friedensfrage vertreten, die er dem Nuntius Pacelli gegenüber zum Ausdruck gebracht hatte. Wenn er seine geplante Rede dort halten könne, „würden eine Anzahl von Leuten umfallen“. Daraufhin wurde, wie dargelegt, auf Antrag Spahns im Hauptausschuss die für den 11. Juli geplante Sitzung verlegt. Konservative, Nationalliberale und Zentrum sollten dazu gebracht werden, auch wenn der Kanzler Zugeständnisse machen würde, seine Regierung nicht mehr zu unterstützen. Wie kaltschnäuzig Erzberger agierte, geht aus handschriftlichen Aufzeichnungen Stresemanns hervor: „Erzberger war sehr optimistisch und meinte, dass Bethmann bis zum Dienstag besorgt sein werde, da er ja gar kein Vertrauen bei den Fraktionen mehr habe.“⁴⁸

In der ersten Sitzung des Interfraktionellen Ausschusses am 6. Juli thematisierten Stresemann und Erzberger sogleich, wie erwähnt, den „Personalwechsel“. Am 9. Juli hielt Stresemann im Hauptausschuss eine große Rede gegen den Kanzler:⁴⁹ Er habe wirkliche innere Reformen, z. B. auch durch die Osterbotschaft, nur verzögert und sei damit verantwortlich dafür, dass der monarchische Gedanke im Volk Schaden erlitten habe. Verhindert habe er auch, dass Hindenburg und Ludendorff mit den Reichstagsparteien in Kontakt treten konnten, um sie über die wirkliche Lage zu informieren. Ein Kanzler, der durch seine Stellungnahmen in drei Kriegsjahren belastet sei, könne mit den Gegnern zu keinem Frieden kommen. Eine klare Linie seiner Politik sei nicht zu erkennen. Selbst dafür, dass der U-Boot-Krieg noch nicht zum Zusammenbruch Englands geführt habe, sollte jetzt der Kanzler verantwortlich sein. Ein Reichskanzler müsse sich durchsetzen; wenn er das nicht mehr könne, müsse er gehen.

Geheimrat Friedmann, der nach Bassermanns Erkrankung das Amt des Vorsitzenden ausübte, blies nach einem Bericht der *Täglichen Rundschau* in einer Fraktionssitzung der Nationalliberalen am 9. Juli ins gleiche Horn. Bethmann Hollweg dürfe unter anderem deswegen nicht im Amt bleiben, weil mit ihm angeblich eine Parlamentarisierung nicht zu erreichen sei. Dazu bedürfe es eines Neuanfangs mit einem neuen Mann an der Spitze. Man müsse mit allen Kräften auf die Beseitigung der gegenwärtigen Reichsführung hinarbeiten. Die meisten Redner unterstützten nach dem Zeitungsbericht Stresemann und Friedberg, und es sei auch „in diesem Sinne ein Beschluss gefasst worden“. In einer Entschließung der Nationalliberalen

47 Darstellung der Vorgänge durch Helfferich im 2. Untersuchungsausschuss, in: Die Verhandlungen des 2. Untersuchungsausschusses des parlamentarischen Untersuchungsausschusses über die päpstliche Friedensaktion von 1917, hrsg. von Wolfgang Steglich, a. a. O., S. 142–146.

48 Der Interfraktionelle Ausschuss 1917/18, 1. Teil, a. a. O., S. 74–80.

49 Der Hauptausschuss des Reichstags, 3. Bd., a. a. O., S. 1575–1582.

vom 11. Juli hieß es, ohne Rücktritt des Kanzlers sei eine Lösung der Krise, eine gründliche Neugestaltung der inneren Politik nicht denkbar.⁵⁰

Erzberger agierte nicht so offen. Nach seiner Rede über die Erfolglosigkeit des U-Boot-Krieges beschwerte sich Bethmann bei ihm. Er erfuhr natürlich nicht den wahren Grund für die ganze Aktion. Zur Unterstützung Stresemanns in der Kanzlerfrage im Hauptausschuss ließ er sich nicht überreden, sondern arbeitete im Hintergrund. „Er ging überall damit „hausieren“, erst müsse der Kanzler beseitigt werden, nur dann gebe es eine Mehrheit für die Friedensresolution.⁵¹ In seiner Fraktion standen viele, auch Spahn, zu diesem Zeitpunkt weiterhin zum Kanzler.

6. Kapitel

Pressekampagne gegen den Kanzler

„Eine neue Kanzlerrede?“ Mit dieser Frage begann die *Tägliche Rundschau* am 3. Juli ihre Pressekampagne. In einer völlig entstellenden Weise wurde die Rede des englischen Premierministers vom 29. Juni in Glasgow kommentiert.⁵² Frankreich wolle Elsass-Lothringen und die Rheingrenze, England die Herrschaft über den Nahen Osten und die deutschen Kolonien. Auf Friedensfühler, auch wenn sie vorteilhafte Anerbieten enthielten, dürfe Deutschland nicht hereinfallen. Schließlich habe die Oberste Heeresleitung dem Gedanken eines Sichge-nügenlassens mit einem Verzichtfrieden ohne ausreichende Entschädigung und ohne den für unsere militärische und wirtschaftliche Sicherung notwendigen Landerwerb eine klare Absage erteilt. Vom Kanzler werde erwartet, dass er, statt von Frieden und Friedensangeboten zu reden, sich auf den Standpunkt der Heeresleitung stelle und diesen in einer Antwort auf die Rede des englischen Premierministers unterstütze.

Seit dem 7. Juli, dem Tag nach der Erzbergerrede, wurde in den konservativen und nationalliberalen Blättern mit massiven Angriffen immer stärker gegen den Reichskanzler polemisiert. Was in den Tagen bis zu seinem Sturz u. a. die *Neue Preußische Zeitung*, genannt „Kreuzzeitung“, die *Tägliche Rundschau*, auch die *Vossische Zeitung*, der *Deutsche Kurier*, die *Deutsche Tageszeitung*, die *Berliner Neusten Nachrichten*, vor allem aber die Blätter des Scherl-Ver-

50 *Tägliche Rundschau*, Abendausgabe des 10. Juli.

51 Von Bassermann zu Stresemann, a. a. O., S. 385.

52 *Tägliche Rundschau*, 3. Juli; *Berliner Neuste Nachrichten*, 3. Juli; *Kreuzzeitung*, 11. Juli; *Deutscher Kurier*, 1. Juli 1917.

lags, *Der Tag* und das Massenblatt *Berliner Lokalanzeiger*, über den Reichskanzler schrieben, entwickelte sich zu einer Hetzkampagne gegen ihn. Auch Zentrumszeitungen, u. a. die *Kölnische Volkszeitung*, beteiligten sich daran. „Sieg oder Verzichtfrieden“, so die *Tägliche Rundschau* am 8. Juli, „das ist die große Frage des Augenblicks.“ Während der Kanzler eine Entscheidung für die eine oder andere Seite bisher ängstlich vermieden habe, scheine nach den Vorgängen im Hauptausschuss offenkundig zu sein, dass Bethmann Hollweg die Position der Konservativen und Nationalliberalen verlassen habe. Die Krise wurde zur „Kanzlerkrise“ uminterpretiert. Die Welt wisse nicht, so die *Kreuzzeitung*, welches die Kriegsziele des deutschen Reichskanzlers seien. Gebraucht werde ein neuer Führer unserer großen Politik, nicht ein Staatsmann, der in jedem Augenblick vom Gegner in der auswärtigen Politik mit seinen eigenen Worten geschlagen werden könne. Friedensangebote ließen nur den Eindruck der Schwäche zurück. Aus Gründen der auswärtigen Politik, dem Ausgangspunkt dieser Krise, sei es die patriotische Pflicht des Herrn von Bethmann Hollweg, von seinem Amte zurückzutreten.⁵³

Der Reichskanzler wird erkannt haben, dass er nicht über ein Fundament verfügt, wie es notwendig ist, um sicher zu stehen und regieren zu können. Das muss er erkannt haben, obwohl er nicht über politische Sehergabe verfügt. Diese unerlässliche Gabe der Staatskunst besitzt er nicht. [...] Eine lange Reihe von Misserfolgen auf allen wichtigen Gebieten der Politik kann aber auch das beste Volk, die stärkste Armee bei bester Führung nicht aushalten.

Die Unentschlossenheit des leitenden Staatsmannes habe im Innern eine Stimmung gezeitigt, so die *Kölnische Volkszeitung*, die in den letzten Tagen im Reichstag zur Explosion kam. Fraglich könne doch nur sein, so die *Berliner Neusten Nachrichten*, ob Herr von Bethmann Hollweg nach den Vorgängen der letzten Tage noch das Vertrauen des Kaisers in dem Maße behalten habe, dass er nicht sofort von seinem Posten verschwinde. Für das Volk wäre nichts verhängnisvoller, als ein Verbleiben des Herrn v. Bethmann Hollweg im Kanzleramt. Nur dadurch, meinte die *Deutsche Tageszeitung*, dass an leitender Stelle die starke Führung und der kraftvolle Siegeswille gefehlt hätten, sei in der Führung der auswärtigen Geschäfte Misserfolg auf Misserfolg gehäuft worden. Daraus ergebe sich mit unausweichlicher Klarheit, dass nur in dieser Richtung Heilung gefunden werden könne. „Was wir brauchen, ist eine feste Hand, die uns politisch ebenso zielbewusst und ebenso erfolgreich führt wie Hindenburg und Ludendorff“, schrieb der *Deutsche Kurier*. „Jetzt muss Farbe bekannt werden, um

53 Genannte Zeitungen zwischen dem 7. Juli bis zum Rücktritt des Kanzlers am 14. Juli 1917.

nicht nach dreijährigem schweren Ringen um die Früchte all der Opfer und Anstrengungen gebracht zu werden“, so der *Berliner Lokalanzeiger* am 9. Juli.

Am 11. Juli hatte die Kampagne ihren Höhepunkt erreicht. Die Vorwürfe wurden mit immer mehr Ironie und Gehässigkeit vorgebracht. Von „einer Tragödie der Irrungen“ war die Rede, mit ihrer „Fiaskopolitik“ sei „die Firma kompromittiert“. Nach Meinung der Alldeutschen Blätter war „das Schicksal des Herrn v. Bethmann Hollweg nun hoffentlich zum Heile Deutschlands besiegelt“. Von den konservativen Blättern wurde nach der Ankündigung der Wahlrechtsreform der Untergang des alten Preußen beschworen. Für sie war er der „Versager an der Spitze des Reiches“.⁵⁴

Plausible, fundierte Argumente gegen die Politik Bethmann Hollwegs findet man in all diesen Darlegungen nicht. Ihm die Proteststimmung im Innern anzulasten entsprach dem Standpunkt der OHL. Wie schwierig die Gratwanderung seiner Politik bisher gewesen war, um den Burgfrieden, so gut es ging, zu retten und die Sozialdemokraten bei der Stange zu halten, würdigte man nicht.

Auf die eigentlichen Gründe, warum der Kanzler jetzt gestürzt werden sollte, stößt man im Leitartikel der *Neuen Preussischen Zeitung* vom 11. Juli. Der Artikel geht von Lloyd Georges Rede vom 28. Juni aus. Sie könne als englischer Friedensfühler aufgefasst werden. Deutschland dürfe nicht darauf hereinfallen und müsse scheinbar nicht unvorteilhafte Anerbieten standhaft ablehnen. Schließlich wolle England Deutschland den Weg in den Orient verlegen, um den es im Weltkrieg kämpfe. Wer an die Friedensfühler Englands anzuknüpfen bereit sei, lasse keinen festen Standpunkt und Willen erkennen, lasse die Zügel schleifen. In der Kanzlerkrise gehe es um die Frage, wie sich Deutschland heute eine feste, tatkräftige politische Leitung des Krieges sichere. Einen praktischen Wert könne die „allgemeine Kriegs- und Friedensformel“ nur haben, wenn sie ein neuer Führer unserer großen Politik zum Programm nimmt.

Die liberale Presse, Zeitungen, die der Fortschrittlichen Volkspartei nahestanden, z. B. die *Berliner Volkszeitung* oder das *Berliner Tageblatt*, beteiligten sich an dem Kesseltreiben gegen den Kanzler nicht, stützten ihn vielmehr.⁵⁵ Chefredakteur Theodor Wolff war entsetzt über diese Art von Eingriffen der rechten Presse in die Politik und verteidigte ebenso wie Ab-

54 Berliner Lokalanzeiger, Berliner Neuste Nachrichten, Kölnische Volkszeitung, Tägliche Rundschau, 11. Juli 1917.

55 Theodor Wolff, Tagebücher 1914–1919, 2. Teil, a. a. O., S. 513–516.

geordneten der Fortschrittlichen Volkspartei den Kanzler. Der Abgeordnete der Fortschrittlichen Volkspartei Waldstein warnte davor, jetzt Personalfragen in den Vordergrund zu schieben, und kennzeichnete das Treiben der rechten Parteien und des Zentrums als politische Intrigen. Er forderte ebenso wie Gothein, jetzt eine parlamentarische, auf den Willen einer Reichstagsmehrheit gestützte Regierung zu schaffen. Wenn Reichstagsabgeordnete sie berufen würden, könne das, da Verfassungsänderungen schwierig seien, zunächst als Provisorium dienen.⁵⁶ Es sei nicht daran zu zweifeln, dass Bethmann Hollweg sich dafür ebenso wie für die Friedensresolution aussprechen werde. Jetzt müsse gehandelt werden. Eine Volksregierung werde zur Stabilisierung im Innern beitragen und nach außen eine ungeheure Wirkung haben. Es gehe darum, die Zeichen der Zeit zu erkennen, jede Unklarheit und Halbheit zu verwerfen und eine zielbewusste Politik zu treiben, die zum Frieden führt. Die *Germania*, Erzbergers Sprachrohr unter den Zentrumszeitungen, agierte vorsichtiger, wollte bis zum 10. Juli „nichts von einer Kanzlerkrise wissen“.⁵⁷

7. Kapitel

Bemühungen Bethmann Hollwegs, die Sozialdemokraten an seiner Seite zu halten

Bethmann Hollweg kämpfte darum, eine Mehrheit des Reichstags zur Unterstützung seiner politischen Ziele hinter sich zu bringen. Ein rhetorisches Meisterstück war seine Rede am 9. Juli im Hauptausschuss, eine Auseinandersetzung mit seinen Gegnern im Reichstag, besonders mit Stresemann. Er griff diesen immer wieder an und zeigte die Haltlosigkeit all seiner Vorwürfe auf, wies die Pressehetze zurück. Ihm alles, was schiefgegangen war, anzulasten bezeichnete er als ungerechtfertigt. Er sei bereit, sobald sich dazu Möglichkeiten ergeben könnten, sich sofort mit den Kriegsgegnern zu Verhandlungen an einen Tisch zu setzen. „Wir wollen Friedensverhandlungen anknüpfen. Wir müssen jetzt in unserer ganzen Politik dahin streben, die Möglichkeit zu fördern, dass die Feinde einlenken.“ Dann die rhetorische Frage: „Wollen wir in der Gewissheit, dass wir, bevor wir selber die Puste verlieren, die Feinde niederringen, diese Friedensverhandlungen annehmen? Das ist doch schließlich momentan der Kernpunkt der ganzen Situation. [...] Ich gebe mich keinen utopischen Hoffnungen hin.“ Die Friedensresolution lehnte der Kanzler nicht ab, aber er ließ Vorbehalte erkennen: Man kön-

56 Berliner Tageblatt 10. Juli 1917, auch zum Folgenden; Pressestimmen in den Anmerkungen zu Theodor Wolff, Tagebücher 1914–1918, 2. Teil, S. 513 ff.

57 Germania, 10. Juli 1917.

ne nicht „seine Karten offen auf den Tisch legen“. Er wolle „soviel rausschlagen wie möglich. [...] Fassen Sie keine schlappe Erklärung!“

Den Sozialdemokraten müsse man entgegenkommen. „Was bleibt mir anderes übrig, als eine Politik der Kompromisse zu treiben?“ Er werde ein parlamentarisches System einführen, Parlamentarier zur Mitarbeit heranziehen, aber so, wie das zur deutschen Verfassung passend sei.⁵⁸

Mit größter Anstrengung setzte Bethmann Hollweg in den folgenden Tagen alles daran, die Sozialdemokraten an sich zu binden und damit bei der Entscheidung über die Kriegskredite deren Zustimmung zu sichern. Er hatte den Kaiser veranlasst, für den 9. Juli den Kronrat einzuberufen. Gegen eine harte Phalanx preußischer Minister um den Innenminister von Loebel schlug Bethmann Hollweg seine letzte Schlacht.⁵⁹ Er verkenne nicht, so legte er in seiner Rede dar, dass die Einführung des gleichen Wahlrechts den Konservativen die bisherige Machtstellung in Preußen nehmen werde. Die Sozialdemokraten würden in Zukunft den entscheidenden Einfluss auf dessen Innenpolitik erhalten. Unmöglich könnten aber diejenigen, die vielleicht mit zerschossenen Gliedmaßen, durch das Eiserne Kreuz ausgezeichnet, aus dem Krieg heimkehrten, ein geringeres Wahlrecht haben als die, die im Kriege nichts geleistet hätten. Anschließend schilderte er in drastischer Weise die augenblickliche Not der Bevölkerung, deren miserable Stimmung. Zur Entlastung der politischen Spannungen und zur Ermutigung der Menschen, weiterhin durchzuhalten, sei es notwendig, schon jetzt ein Zeichen der politischen Gerechtigkeit zu geben. Bisher sei es gelungen, die Sozialdemokraten zur Zustimmung zu den Krediten zu bewegen. Werde das gleiche Wahlrecht jetzt verweigert, drohten Unruhen, die nur mit Maschinengewehren bekämpft werden könnten. Ohne diese Reform könne die gegenwärtige Regierung nicht mehr mit dem Reichstag zusammenarbeiten. Es ginge jetzt darum, den Krieg zu gewinnen, sonst gingen Volk und Monarchie zugrunde.

Wilhelm II. schwankte. Der Kanzler überzeugte ihn erst am folgenden Tag in einem weiteren zweistündigen Vortrag, den er ihm bei einem Spaziergang im Park des Schlosses Bellevue „mit einer vor innerer Erregung vibrierenden Stimme“ hielt: Wenn Wilhelm die bisherigen Ungerechtigkeiten des Wahlrechts aufhebe, werde er als „Volkskaiser“ der Mitarbeit aller

58 Der Hauptausschuss des Reichstags, 3. Bd., a. a. O., S. 1583–1597.

59 Ein gutes Bild von den im folgenden geschilderten Vorgängen zeichnet Kabinettschef von Valentini in: Kaiser und Kabinettschef, Aufzeichnungen und Briefwechsel, Oldenburg i. O., 1931, S.159–166; Bethmann Hollweg, Betrachtungen zum Weltkriege, hrsg. von Jost Dülffer, a. a. O., Entwürfe, S. 428 ff., danach das Folgende.

Schichten des Volkes im Staat sicher sein. Der Kaiser war beeindruckt und stimmte schließlich zu. Der herbeigerufene Kronprinz erklärte sein Einverständnis. Daraufhin konnte dem preußischen Staatsministerium am folgenden Tag eine Kabinettsorder vorgelegt werden, die anschließend in der Presse veröffentlicht und in der festgelegt wurde, dass bereits die nächsten Wahlen zum Preußischen Abgeordnetenhaus nach dem allgemeinen, gleichen und geheimen Wahlrecht abgehalten werden würden. Eine Mehrheit des preußischen Kabinetts akzeptierte das, aber fünf Minister traten zurück. Die übrigen stellten daraufhin ihre Ämter zur Verfügung, um eine Neubildung zu ermöglichen.

Während der Unterredung im Park des Schlosses hatte Bethmann Hollweg dem Kaiser auch die Friedensresolution in der vorletzten Fassung vorgelesen, und zwar mit der Bemerkung, dass vielleicht noch einige Korrekturen eingearbeitet werden könnten, welche die Entschlossenheit zum Durchhalten ausdrückten, so wie das dann auch in der endgültigen Fassung geschah. Die Resolution dürfe nicht den Eindruck erwecken, dass Deutschland kriegsmüde sei. Der Kaiser war auch damit einverstanden. Das Wort „Verständigungsfrieden“ schien ihm „zu unklar“ zu sein. Aber er ermächtigte den Kanzler, im Reichstag seine Zustimmung zu erklären.

Mit Ebert und anderen führenden Sozialdemokraten hielt Bethmann Hollweg in diesen Tagen ständig Kontakt. Gleich am Morgen des 10. Juli bat er den Vorsitzenden der SPD zu sich und schilderte ihm eingehend seine Auseinandersetzungen mit dem Kronrat und dem Kaiser. Er sicherte ihm bereits zu, dass das Verlangen nach einem freien und gleichen Wahlrecht erfüllt werde. Seine Vorbehalte gegenüber der Friedensresolution stellte er zurück. Nach dem Bericht über diese Unterredung sagte der Kanzler: „Auch in dieser Frage wird sich eine Verständigung erzielen lassen.“ Er freue sich, dass sich auch andere Parteien dieser Erklärung anschließen wollten, und wünsche eine möglichst große Mehrheit im Reichstag. „Diese Frage wird keine große Schwierigkeit mehr bereiten.“⁶⁰ Ferner stellte er Ebert auch sein Entgegenkommen in der Frage der Parlamentarisierung in Aussicht. Er müsse ohne weiteres anerkennen, dass das Verlangen nach ständiger Verbindung berechtigt sei. Er wolle auch Vertrauensmänner berufen. Sofort könne man allerdings nur eine Art Beirat aus Vertretern der Reichstagsparteien einsetzen. Die Berufung von Abgeordneten zu Staatssekretären sei verfassungsrechtlich kompliziert. Er werde entsprechende Verhandlungen mit dem Bundesrat führen.

60 Bericht Eberts über seine Unterredung mit dem Kanzler in der Fraktionssitzung der SPD am 19. Juli, Die Reichstagsfraktion der deutschen Sozialdemokratie 1898–1918, 2. Teil, a. a. O., S. 292 ff., danach auch das Folgende.

Am Abend des 11. Juli dürfte Bethmann Hollweg der Auffassung gewesen sein, dass er aus den Auseinandersetzungen der Julikrise als Sieger hervorgegangen war. Zentrum, Freisinn und Sozialdemokraten stünden hinter ihm, wenn auch die Unterstützung nachlasse, so notierte er abends in seinen Aufzeichnungen über die Vorgänge des Tages. Seine Führungskraft hatte er unter Beweis gestellt. Er hatte die Forderungen der Sozialdemokraten erfüllt und konnte davon ausgehen, dass sie den Kriegskrediten zustimmen würden. Ferner konnte er annehmen, dass er zumindest eine starke Gruppe des Zentrums, die dessen Fraktionsvorsitzender Spahn anführte, hinter sich hatte.⁶¹ Auch bei den Nationalliberalen hielt der kleine linke Flügel um den Abgeordneten Schiffer durchaus am Kanzler fest und befürwortete die Friedensresolution.

Bethmann Hollweg hätte im Reichstag seine „große Rede“ halten können. Er hätte darin die Kriegsziele der Rechten zurückgewiesen, sich vielleicht auf Lloyd Georges Rede bezogen, in der belgischen Frage seine Einstellung etwa so angedeutet, wie er sie dem Nuntius Pacelli beschrieben hatte. Riezler gegenüber äußerte er, eine neue Friedensresolution sei nicht nötig, er wolle die Krise so wenden, dass der Reichstag sich nun zu seiner Stellung in der Friedensfrage bekehrt habe.⁶²

8. Kapitel

Stellungswechsel der Sozialdemokraten

Erzberger berichtet in seinen Erinnerungen, er habe bereits Ende Juni mit sozialdemokratischen Reichstagskollegen über die Schwierigkeiten, in die die Fraktion geraten war, gesprochen.⁶³ Bei den Abgeordneten der Partei, mit denen er am 4. und 5. Juli die Lage erörtert und seine Taktik abgesprochen hatte, handelte es sich unter anderem um Cohen-Reuß. Darüber berichtete dieser in der Fraktionssitzung vom 5. Juli. Eine Unterredung mit Südekum fand am Morgen des 5. Juli statt.

Es ist anzunehmen, dass den Sozialdemokraten dabei bestimmte Versprechungen gemacht wurden, etwa folgender Art: Wird Bethmann Hollweg gestürzt, dann wird das Zentrum die Friedensinitiative der SPD unterstützen. Es war das Kompensationsgeschäft Friedensresoluti-

61 Bethmann Hollweg, Betrachtungen zum Weltkriege, hrsg. von Jost Dülffer, a. a. O., Entwurf, S.429.

62 Verhandlungen des 2. Untersuchungsausschusses, hrsg. von Steglich, a. a. O., S. 125 f.

63 Erlebnisse im Weltkrieg, a. a. O., S. 252.

on gegen Beteiligung am Kanzlersturz, das hier im Angebot war. Aus den Protokollen über die Fraktionssitzungen am 5., 6. und 7. Juli lässt sich dieser Schluss ziehen.⁶⁴

Cohen-Reuß, unterstützt von Hoffmann-Kaiserslautern, Heine und Südekum, begann in der Fraktionssitzung des 5. Juli, Südekum am 6. Juli im Interfraktionellen Ausschuss, gezielt gegen Bethmann Hollweg zu agitieren.⁶⁵ Sie gaben dem Diskussionsthema, an welche Bedingungen man die anstehende Bewilligung der Kriegskredite knüpfen müsse, eine andere Wendung: Man könne „dieser Regierung“ keine Kredite mehr bewilligen. Sie habe Dummheit auf Dummheit gehäuft. „Wenn wir das Vaterland retten wollen, dann nur gegen diese Regierung und nicht mit ihr.“ Sie werde Deutschland ins Verderben führen. So sehe das auch Erzberger, die gleiche Auffassung finde man „in Kreisen von Offizieren“. In die gleiche Kerbe hieb Hoffmann-Kaiserslautern: Mit Bethmann Hollweg sei keine Politik mehr zu betreiben, auf allen großen Gebieten, Ernährung, innere Reformen habe es nur Enttäuschungen gegeben. Am schärfsten und klarsten zog Heine in dieser Thematik seine Konsequenzen: „Die Regierung treibt eine wahnsinnige und verbrecherische Politik.“ Die Kredite müssten bewilligt werden, aber verbunden mit einer ausdrücklichen Misstrauenserklärung. Es waren im Grunde die gleichen Vorwürfe, wie man sie in der Presse der Rechten und des Zentrums fand. Man müsse dem Kanzler drohen, ihn öffentlich bloßstellen. Das tat am 7. Juli Scheidemann im Hauptausschuss, so sah es Haußmann: Er polemisierte „sehr scharf gegen die Beschlussunfähigkeit Bethmann Hollwegs“.⁶⁶ Nach dessen Rede schien es so, als trage der Kanzler an allem, was in der Versorgung der Bevölkerung schiefgelaufen war, die Schuld. Hinter der geforderten Friedenserklärung brauche die Regierung nicht zu stehen.⁶⁷

Für David war das eine neue Linie, die er zunächst ablehnte, weil er sie nicht verstand. Ebert und David waren skeptisch. Sie glaubten, Erzberger habe für die Friedensresolution die Zentrumsfraktion nicht hinter sich.

In seiner großen Rede über die Lage am 3. Juli hatte Ebert am Kanzler keinerlei Kritik geübt. In der Fraktionssitzung am 7. Juli stellte fest, es sei „eine vollständig neue parlamentarische und politische Situation herbeigeführt“ worden. „Die Bekehrung des Matthias“, „große Überraschung und Freude“. Auch David war nun von der Möglichkeit einer gemeinsamen Friedenspolitik mit dem Zentrum und der Fortschrittlichen Volkspartei überzeugt. Ebert wollte

64 Die Reichstagsfraktion der deutschen Sozialdemokratie, 1898–1918, 2. Teil, a.a. O., S. 280–290, danach auch das Folgende.

65 David, Kriegstagebuch, a. a. O., S. 240 f., danach auch das Folgende.

66 Haußmann, Schlaglichter, a. a. O., S. 95.

67 Der Hauptausschuss des deutschen Reichstags, 3. Bd. 1917, a. a. O., S. 1547–1553.

nicht mehr gemeinsame Sache mit dem Kanzler machen.⁶⁸ In der Diskussion legte Hoffmann noch einmal nach: Er verdächtigte den Kanzler der Unaufrichtigkeit. Dieser suche nach einer Formel, die zu nichts verpflichte, um bei Friedensverhandlungen möglichst viel herauszuholen. Die Fraktionsmehrheit hörte dies mit ungläubigem Staunen, musste erkennen, dass sich hier ein Weg, die dringend benötigte Friedensresolution durchzusetzen, bot. Es gab jedenfalls keinerlei Widerspruch. Scheidemann schien noch nicht ganz überzeugt, er widersprach Hoffmann und meinte, dass mit Bethmann Hollweg ein annexionsloser Frieden zu erreichen sei.

Der *Vorwärts* nahm am 7. Juli die neue, in den Fraktionssitzungen des 5. und 6. Juli vorgegebene Wendung gegen den Kanzler auf. David kam in diesen Tagen täglich mit „Presseleuten“ zusammen und steuerte wohl zusammen mit Ebert die Informationspolitik.⁶⁹ Um des Burgfriedens willen habe es die Regierung allen recht machen wollen, aber einen klaren politischen Kurs nie erkennen lassen. „Wo kein fester Kurs herrscht, steigern sich Ratlosigkeit und Unsicherheit bis zu Verzweiflung.“ So könne es nicht weitergehen. Die Regierungspolitik sei zu einem Ferment der inneren Zersetzung geworden. Der *Vorwärts* sprach bereits von einer „kommenden Regierung“, die sich nicht in einem Hause einrichten könne, das „bis zum Dach mit Hypotheken belastet“ sei, so dass erst einmal der Bankrott erklärt werden müsse. „Nein, es geht weder mit dem Fortwursteln noch mit dem Kurswechsel nach rechts.“ „Halbheiten, klaffende Widersprüche“, stellte ein Kommentar am 14. Juli fest.⁷⁰

Am 9. Juli war Ebert ganz auf die Linie Erzbergers eingeschwenkt. Als die Nationalliberalen sich weigerten, die Friedensresolution in der vorgesehenen Form zu unterstützen, lehnt er ab: „Wir wollen Klärung schaffen und dann eine neue Regierung.“ David ergänzte und verdeutlichte, was gemeint war. Er sprach von der Bildung einer neuen Regierung mit neuen Männern.⁷¹ Ebenso plädierten Cohen-Reuß und Heine in der Fraktionssitzung vom 10. Juli noch einmal nachdrücklich dafür, zunächst Bethmann Hollweg zu beseitigen und dann eine Reform der Regierung mit mehr Einfluss von Mitgliedern des Parlaments durchzuführen.

68 Die Reichstagsfraktion der deutschen Sozialdemokratie 1898–1918, 2. Teil, a. a. O., S. 280–287; Scheidemann, *Der Zusammenbruch*, a. a. O., S. 85; David, *Kriegstagebuch*, a. a. O., S. 241.

69 David, *Kriegstagebuch*, a. a. O., S. 245.

70 *Vorwärts*, Ausgaben vom 7. bis 14. Juli 1917.

71 *Der Interfraktionelle Ausschuss 1917/18*, 1. Teil, a. a. O., S. 23.



Erzberger als Finanzminister

Die Drahtzieher des Kanzlersturzes, Oberst Bauer und seine Helfer, hatten bereits am 8. Juli begonnen, auch auf die Sozialdemokraten einzuwirken, um sie für den Kanzlersturz zu gewinnen. In den Aufzeichnungen Bauers heißt es: „8.7.–10. 7. Die Sozis durch von Haeften bearbeitet“.⁷² Am 8. Juli tauchte ein Offizier im SPD-Parteibüro auf und lud Ebert und Scheidemann zu einer Unterredung mit Ludendorff ins Hotel Exzelsior ein. Man musste ihnen dort mitteilen, dass Hindenburg und Ludendorff bereits wieder abgereist seien. Die beiden Sozialdemokraten führten aber wahrscheinlich mit von Haeften ein Gespräch. Möglicherweise erzählte er ihnen über Bethmann Hollweg das, was David in seinem Tagebuch am 8. Juli vermerkte.

In dem ehrgeizigen Eduard David hatten Bauer und Haeften die Schlüsselfigur in der SPD für den Kanzlersturz gefunden.⁷³ Schon am 7. Juli, einen Tag nach Gründung des Interfraktionellen Ausschusses, suchte ihn Dr. Kurt Hahn auf, der in der Pressestelle der militärischen Abteilung des Auswärtigen Amtes, die Haeften leitete, tätig war. Es handelte sich um einen Bekannten Davids, in dessen Villa in Wannsee er verkehrte. Zu dessen Kreis bürgerlicher Intel-

⁷² Der Interfraktionelle Ausschuss 1917/18, 1. Teil, S. 83.

⁷³ David, Kriegstagebuch, a. a. O., S. 241, danach das Folgende.

lektueller, die dem pazifistischen Bund Neues Vaterland nahestanden, hatte David Kontakt.⁷⁴ Über den Inhalt des Gesprächs enthält sein Tagebuch keine Notiz, ebenso wenig wie über das mit Lina Richter, das er am Abend nach der Fraktionssitzung mit ihr führte. Richter war Mitarbeiterin Hahns in seiner Dienststelle und Zugehörige des Hahn-Kreises; David unterhielt mit ihr gesellschaftliche Kontakte.

Am 8. Juli erhielten dann David und offenbar auch andere Sozialdemokraten wahrscheinlich von Oberst Bauer die Mitteilung, Bethmann Hollweg habe „den Kaiser gegen das parlamentarische System scharf gemacht“. Auch habe er das Gespräch mit Hindenburg und Ludendorff verhindert. Dabei handelte es sich um glatte Lügen. Tatsächlich hatten die beiden Generäle, bevor sie abreisten, statt mit den Sozialdemokraten zu sprechen, eine Einladung des Kaisers zum Abendessen angenommen. In einem Anfall von Überheblichkeit und Selbstgefälligkeit, wie man sie in seinen Aufzeichnungen auch sonst findet, notierte David: „Große Enttäuschung, Entschluss, den Mann unschädlich zu machen.“ Das Parlament solle sich nicht mit ihm diskreditieren.

Am Abend war Hahn wieder da, „als Mittelsmann“, aufgeregt, offenbar beauftragt, Vorschläge über einen neuen Kanzler zu machen. Vom 9. bis 11. Juli führte David täglich Gespräche mit Hahn, und am 9. und 11. Juli gab es Aussprachen mit Oberstleutnant Haeften selbst. Er und Hahn versuchten offenbar zunächst, David davon abzubringen, sich für die Friedensresolution einzusetzen. Jetzt sei es nicht an der Zeit, „Dokumente des Verzagens an die Öffentlichkeit zu bringen“.

David hatte inzwischen in der Fraktionssitzung vom 10. Juli durch Eberts Bericht erfahren, dass Bethmann beim Kanzler die Reform des preußischen Wahlrechts durchgesetzt habe, sich der Friedensresolution nicht verschließen und auch die Forderung nach der „Regierungsparlamentarisierung“ erfüllen werde. Dennoch sprach er sich am Abend dieses Tages noch entschiedener für den Kanzlersturz aus. Er müsse von dort, also von der Obersten Heeresleitung, erfolgen.⁷⁵

Hahn ließ David am 11. Juli mit dem Auto in seine Dienststelle in der Derfflinger Straße, in der Nähe des Zoos, holen. Dort waren die Büros des Amtes, das Haeften leitete, untergebracht. Jetzt ging es um Bethmann Hollwegs Nachfolger. Hahn teilte ihm mit, das Hauptquar-

⁷⁴ Siehe entsprechende Eintragungen im Tagebuch Davids, ferner: Die Regierung des Prinzen Max von Baden, bearbeitet von Erich Matthias und Rudolf Morsey, Düsseldorf 1962, S. XVII–XXII.

⁷⁵ David, Kriegstagebuch, a. a. O., S. 237–245, danach das Folgende.

tier wolle einen liberalen Kanzler. Am Abend war David noch einmal bei Haeften, wahrscheinlich noch einmal in der Derfflinger Straße. Dieser besprach mit ihm die ganze Lage und berichtete ihm, Ludendorff und Hindenburg wollten mit Bethmann Hollweg nicht mehr zusammenarbeiten. David forderte, der neue Mann müsse sich hinter das innere und äußere Programm der Mehrheit stellen. Um Mitternacht erhielt er die Nachricht, er solle am nächsten Morgen um zehn Uhr zum Kronprinzen kommen.

Zweifellos schmeichelte es dem von Tatendrang Getriebenen, plötzlich im Mittelpunkt der großen Entscheidungen der deutschen Politik zu stehen. Seit der SPD-Parteiratskonferenz stand er „unter dem Eindruck eines nahenden Verhängnisses“, hatte zunächst kaum noch Hoffnung auf einen guten Ausgang. Nachdem man ihm alle möglichen Besprechungen hinsichtlich des Nachfolgers gemacht hatte, war er bereit, an der die Beseitigung Bethmann Hollwegs mitzuwirken.

9 Kapitel

Die Aktion des Kronprinzen

Die Ereignisse des 12. Juli 1917 führten den Umschwung herbei. Es war der Tag, an dem sich Bethmann Hollwegs Schicksal entschied.

Die Zusage des Kaisers zur Einführung des gleichen Wahlrechts feierte der *Vorwärts* am 12. und 13. Juli ebenso wie die gesamte liberale Presse als Jahrhunderttat. Für ganz Deutschland bedeute das „den entscheidenden Schritt zur Demokratie“. Damit sei aber, so beeilte sich der *Vorwärts* zu ergänzen, „die Entscheidung für das Verbleiben Bethmann Hollwegs im Amt keineswegs gefallen“. Die Parteien müssten darüber entscheiden. Wegen seiner Vergangenheit, da er beim Ausbruch des Krieges im Amt gewesen sei, sei er eine Belastung für die deutsche Politik. Am 13. Juli wurde das Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei noch deutlicher: Es sei doch hinreichend bekannt, in wie scharfer Weise die innere Politik des Reichskanzlers von der sozialdemokratischen Fraktion kritisiert worden sei. „Dazu kommt noch, dass das deutsche Reich unter den großen kriegführenden Staaten das einzige ist, in dem noch derselbe leitende Staatsmann im Amte ist wie bei Ausbruch des Krieges.“ Ein Nachfolger habe nicht die Schwierigkeiten der Vergangenheit zu tragen.⁷⁶

76 Vorwärts, 12. Juli und 13. Juli 1917.

Von Dankbarkeit gegenüber Bethmann Hollweg keine Spur. Angesichts der Tatsache, dass zwei Tage zuvor Bethmann Hollweg für die Sozialdemokraten die ein halbes Jahrhundert umkämpfte Wahlrechtsreform durchgesetzt hatte, legte die SPD einen beträchtlichen Opportunismus an den Tag.

Die Informationen darüber, wie die Sozialdemokratische Partei reagierte, nachdem Bethmann Hollweg das, was sie forderte, beim Kaiser durchgesetzt hatte, dürfte auf den Kanzler schockierend gewirkt haben. Valentini fand ihn am Morgen des 12. Juli in völliger Verzweiflung vor. Er hatte erfahren, dass sein Versuch, eine Gruppierung von Parteien der Mitte und Linken für seine Verständigungspolitik hinter sich zu bringen, gescheitert war. Da er „von allen Parteien verlassen“ sei, wolle er seinen Abschied nehmen. Valentini gewann den Eindruck, „dass er innerlich seine Sache für verloren hielt“.⁷⁷

Seine Gegnern in den Parteien und die im Auftrag der OHL in Berlin agierenden Offiziere führten am Vormittag dieses Tages den letzten, entscheidenden Schlag gegen den Kanzler: Der Plan, den Kronprinzen zu veranlassen, eine Befragung von Vertretern der Parteien über ihre Einstellung zu Bethmann Hollweg durchzuführen, wurde von den konservativen Abgeordneten Heydebrand und Baron von Zetlitz erdacht. Nach sechs Jahren Kampf gegen Bethmann Hollweg bot sich endlich die Möglichkeit, ihn aus seinem Amt zu entfernen. Der dänische Abgeordnete Hanssen beobachtete am 11. Juli in der Lobby des Reichstags, dass sich diese beiden Führer der Konservativen in einer langen, vertraulichen Unterredung mit dem Adjutanten des Kronprinzen, von Maltzahn, befanden. An dem Gespräch nahmen auch Herold, stellvertretender Fraktionsvorsitzender des Zentrums, und Graf Westarp teil. Hanssen schreibt: „Die Gegner einer Demokratisierung waren offensichtlich dabei, ihre hinterhältigen Pläne auszuhecken.“⁷⁸

Zu der Befragung von Abgeordneten, die am Morgen des 12. Juli im Kronprinzenpalais Unter den Linden vonstatten ging, waren Graf Westarp, Mertin von der Wirtschaftlichen Vereinigung, Stresemann, Erzberger, Payer und David am Vortag nachts zwischen elf und zwölf Uhr eingeladen worden. Man hatte nur Feinde des Kanzlers ausgesucht. Payer konnte man nicht übergehen. „Dr. David muss als ein zu der Gruppe der Sozialdemokraten gehörender Politiker betrachtet werden, bei denen der Kanzler die geringste Sympathie besitzt.“⁷⁹

77 Valentini, Kaiser und Kabinettschef, a. a. O., S. 163–170.

78 Hanssen, Diary, a. a. O., S. 227 ff.

79 Oberst Bauer, Der große Krieg in Feld und Heimat, a. a. O., S. 141 ff.; Protokoll in: Urkunden der Obersten Heeresleitung über ihre Tätigkeit 1916/18, hrsg. v. Erich Ludendorff, Berlin 1921, S.408–411, danach das Folgende.

Vermutlich war der Kaiser, wie aus Valentinis Bericht entnommen werden kann, nicht informiert. Die Befragten hatten von ihren Fraktionen keinen Auftrag, in der Kanzlerfrage eine Stellungnahme abzugeben. Eine solche Art der politischen Entscheidungsfindung war verfassungsrechtlich nicht vertretbar und sprach Grundsätzen einer parlamentarischen Willensbildung hohn. Weder David noch Stresemann hatten zu der Zeit ein herausragendes Amt in ihrer Partei. Protokollant ihrer Aussagen war Oberst Bauer, der in einem sprachlich unzulänglichen Stil und offensichtlich ungenau und lückenhaft das, was sie sagten, niederschrieb. Anwesend war auch der Adjutant des Kronprinzen, von Maltzahn. Der Kronprinz legte den eingeladenen Fragen zur Einstellung ihrer Parteien zum Kanzler vor. Aber er kommentierte diese offenbar auch in seiner schnodderigen, aggressiven Art: „Werfen Sie doch den Mann im Reichstag hinaus!“⁸⁰

Legt man, um zu verstehen, was ablief, Bauers Niederschrift zugrunde, dann nannte jeder einen anderen Grund, warum der Kanzler das Vertrauen seiner Partei nicht mehr habe. Westarp führte aus, die Konservativen könnten ihn nicht mehr stützen, weil er die Reform des preußischen Wahlrechts durchgesetzt habe und die Friedensresolution billige. Stresemann erklärte den Kanzlerwechsel als „das Nötigste, was es gibt“, weil Bethmann Hollweg nicht führe, sondern dafür verantwortlich sei, dass im Volk „eine gefährliche Stimmung eingerissen“ sei. Auch Mertin warf ihm Führungsschwäche vor. Seine Parteigenossen könnten dem Kanzler nicht mehr folgen, wenn er für die Friedensresolution eintrete. Erzberger berief sich auf einen Beschluss des Parteivorstands des Zentrums. Der Kanzler habe notwendige Reformen verzögert, neue könne man von ihm nicht erwarten. Ferner habe er verhindert, dass Vertretern der Parteien eine Zusammenkunft mit Hindenburg und Ludendorff ermöglicht worden sei. Deutschland brauche einen „Friedenskanzler“. Bethmann Hollweg sei ein Friedenshindernis.

David, der nach der Information Haußmanns mehr als eine Stunde sprach, vermied eine eindeutige Stellungnahme. Er ließ sich breit über die Friedenspolitik der Sozialdemokraten und deren Wünsche nach inneren Reformen aus. Wenn der Kanzler die Friedensresolution unterstütze, sehe seine Partei keinen Grund zum Wechsel. Andererseits verstärke sich die Auffassung, dass der Kanzler bei den Gegnern Deutschlands keine Glaubwürdigkeit besitze, sondern ein Hindernis für die Anbahnung von Friedensverhandlungen sei. Der Reichsregierung warf er Richtungslosigkeit vor. Sowohl aus den eigenen Aufzeichnungen als auch aus denen

80 Erzberger, Erlebnisse, a. a. O., S. 262.

Bauers geht hervor, dass er jede positive Aussage zu Bethmann Hollweg vermied. Das Gesamtbild war, dass auch die Sozialdemokraten nicht hinter ihm standen, dass sie ihn für entbehrlich hielten.⁸¹ Diesen Eindruck wollte David offensichtlich erwecken. Aufgrund dessen, was der Kanzler für die Sozialdemokraten in den Tagen zuvor durchgesetzt hatte, wäre ein klares Bekenntnis zu ihm am Platze gewesen. Dass er ein solches nicht abgeben, ihn aber auch nicht ganz verurteilen durfte, war ihm bewusst. Als er das Reichskanzlerpalais verlassen hatte, begegnete ihm auf dem Weg dorthin Payer. Dieser schrieb in seinem Erinnerungsbuch: „Unter den Linden begegnete mir augurenhaft lächelnd der Sozialdemokrat David.“⁸² Er wusste also, was nach seinem Vortrag zu erwarten war.

Der Vorsitzende der Fortschrittlichen Volkspartei stellte klipp und klar heraus, seine Partei sehe keinen Grund zum Kanzlerwechsel. Ein solcher sei „ein Sprung ins Ungewisse“. Er wusste allerdings, dass auch in seiner Fraktion eine Anzahl von Kollegen nicht mehr hinter Bethmann Hollweg standen.⁸³

Von Maltzahn bewog Graf Westarp, eine Erklärung mit folgendem Wortlaut zu unterschreiben: „Der Herr Reichskanzler besitzt nicht das Vertrauen der Deutsch-Konservativen Fraktion. Dieser Umstand macht es ihr unmöglich, mit ihm gedeihlich weiterhin zusammenzuarbeiten.“ Ähnliche Erklärungen unterschrieben Stresemann und Erzberger.⁸⁴

Payer war es, der den Kanzler sofort nach Ende der Befragung darüber informierte, was sich im Kronprinzenpalais zugetragen hatte. Seinem Bericht war zu entnehmen, dass nicht nur das konservative Lager, sondern auch die Nationalliberalen und ebenso das Zentrum seinen Rücktritt forderten, dass David signalisiert hatte, dass die SPD ihn nicht unterstützen werde.

Bethmann Hollweg war nicht nur über das Verfahren „sehr entrüstet“, sondern ebenso wie Payer überzeugt, dass er sich jetzt in seinem Amt kaum mehr werde halten können.⁸⁵

81 Prinz Max von Baden Erinnerungen und Dokumente, a. a. O., S. 111.

82 Payer, Von Bethmann Hollweg zu Ebert, a. a. O., S. 32.

83 Payer, Von Bethmann Hollweg zu Ebert, a. a. O., S. 34.

84 Graf Westarp, Konservative Politik, 2. Bd., a. a. O., S. 359.

85 Payer, Von Bethmann Hollweg zu Ebert, a. a. O., S. 32 f.

10. Kapitel

Erzberger setzt in der Zentrumsfraktion

die Forderung nach dem Rücktritt des Kanzlers durch

Nachdem Erzberger die Befragung durch den Kronprinzen hinter sich gebracht hatte, begab er sich in die für den 12. Juli um 16 Uhr angesetzte Sitzung der Zentrumsfraktion. Dort berichtete er über das, was er soeben erlebt hatte, und teilte den Kollegen den wesentlichen Inhalt seiner Darlegungen mit. Der Kanzler müsse zurücktreten, er verhindere den Friedensschluss, er sei ein Friedenshindernis.⁸⁶ Danach forderte er die Versammelten auf, der Friedensresolution zuzustimmen. Die Bereitschaft des Zentrums dazu müsse in einem förmlichen Beschluss festgelegt werden. Er beschwor die Gefahr eines Umsturzes für den Fall, dass die SPD die Zustimmung zu den Krediten verweigere. Wer es ablehne, dafür zu votieren, werde „den Ruin des Vaterlandes herbeiführen.“

Die Debatte, die darauf folgte, sei „lang, erregt und widerspruchsvoll“ gewesen, schreibt Haußmann, der alles, was in diesen Tagen im Umkreis des Reichstags geschah, später notierte. Einzelheiten erfuhr er nicht. Man hatte Verschwiegenheit vereinbart.⁸⁷ Ausdruck der Dramatik und Erregung war, dass der Vorsitzende Spahn ohnmächtig wurde und aus dem Saal getragen werden musste. Ärzte unter den Abgeordneten eilten ihm zu Hilfe und stellten Auswirkungen einer Ruhrerkrankung fest. Die Widersprüche dessen, was beschlossen werden sollte, zu seinen Vorstellungen waren für ihn angesichts seiner angeschlagenen Gesundheit offenbar zu viel. Er hatte im Interfraktionellen Ausschuss stets die weitere Zusammenarbeit mit Bethmann Hollweg befürwortet. Gröber, neben Spahn der einflussreichste Abgeordnete im Vorstand der Partei, war ebenfalls erkrankt. Diese Krankheitsfälle waren vielleicht die Voraussetzungen dafür, dass Erzberger sich schließlich durchsetzen konnte.

Fehrenbach teilte im August 1917 in einer Versammlung einige Einzelheiten über die Vorgänge mit. Einen großen Einfluss auf die Entscheidung der Zentrumsabgeordneten habe die Drohung der sozialdemokratischen Fraktion gehabt, sie würde eventuell die Kriegskredite ablehnen, wenn der Reichstag in der Friedensfrage nicht Farbe bekenne. Nach den Streiks in Schlesien und anderen Orten habe, falls das geschehen wäre, der Betrieb der Munitionsfa-

86 Erzberger, Erlebnisse, a. a. O., S. 262; Rede im Hauptausschuss vom 9. Juli, Der Hauptausschuss des Reichstags, 3. Bd., a. a. O., S. 1601 ff., danach auch das Folgende.

87 Haußmann, Schlaglichter, a. a. O., S. 124.

briken zusammenzubrechen, der Ausbruch der Revolution gedroht.⁸⁸ Erzberger gelang es, die Mehrheit der Fraktion davon zu überzeugen, dass eine Zustimmung zur Friedensresolution notwendig sei. Dagegen wehrten sich lange die bayerischen Vertreter des Zentrums und der rheinische Flügel der Partei. Trimborn, der wie offenbar die Mehrheit der Partei, ursprünglich an Bethmann Hollweg festhalten wollte, erklärte später, Bethmann sei in der Sitzung des 12. Juli „geopfert“ worden.⁸⁹

Um die starke annexionistisch eingestellte Abgeordnetengruppe für eine Zustimmung zur Resolution zu bewegen, schlossen sich fast alle der Forderung nach Bethmann Hollwegs Rücktritt an. Das war für alle eine Art Kompensationsgeschäft. Diesen Zentrumsvertretern wurde plausibel gemacht, dass die Resolution keineswegs ein Hindernis für Annexionen sei. Die *Kölnische Volkszeitung* hatte schon am 10. Juli vermerkt, die Friedensresolution habe für die schnelle Beendigung des Krieges kaum einen Wert. Der Wert eingeschlagener Fensterscheiben sei nicht höher als der praktische Erfolg der Friedensresolution.⁹⁰

Eine Rolle dabei, dass die überwiegende Mehrheit der Forderung nach einer Entlassung Bethmann Hollwegs zustimmte, spielte auch Oberst Bauer. Er verbreitete in Gesprächen mit Zentrumsabgeordneten im Reichstag die Nachricht, Hindenburg und Ludendorff hätten erklärt, sie könnten mit dem Reichskanzler Bethmann Hollweg nicht weiter zusammenarbeiten.

In dem Beschluss, der am Abend gefasst wurde, hieß es dann eindeutiger als am 11. Juli: „Die Zentrumsfraktion des Reichstags sieht in dem weiteren Verbleiben des Herrn von Bethmann Hollweg im Reichskanzleramt eine Erschwernis der Herbeiführung des Friedens (mit allen gegen zwei Stimmen). Aus diesem Grund hat die Zentrumsfraktion keine Veranlassung, den Reichskanzler zu halten (mit allen gegen sieben Stimmen).“⁹¹

In dieser entscheidenden Fraktionssitzung war ferner festgelegt worden, dass die Zentrumsabgeordneten bei der Abstimmung im Reichstag nur dann für die Friedensresolution votieren sollten, wenn die sozialdemokratische Fraktion sich noch vor der entscheidenden Sitzung auf eine Zustimmung zu den neuen Kriegskrediten festgelegt habe.

88 Schulthess' Europäischer Geschichtskalender, Bd. 1917, 1, S. 687.

89 Der Interfraktionelle Ausschuss 1917/18, 1. Teil, a. a. O., S. 58.

90 Kölnische Volkszeitung, 10. Juli 1917.

91 Erzberger, Erlebnisse im Weltkrieg, a. a. O., S. 262–166, auch zum Folgenden.

11. Kapitel

Die Entscheidung des Kaisers

Am Nachmittag des 12. Juli erstattete der Kronprinz dem Kaiser Bericht über seine Befragung der Parteivertreter, die er am Morgen veranstaltet hatte. Mit Hilfe der Aufzeichnungen Bauers untermauerte er, dass im Reichstag nur noch die Fortschrittliche Volkspartei eindeutig hinter dem Kanzler stehe. Nach der Darstellung Valentinis habe sich unter den Abgeordneten eine „hysterische“ Stimmung ausgebreitet. Sie beherrsche nach seinem Eindruck auch Erzberger, Graf Schwerin-Löwitz und Prinz von Schnoeneich-Carolath, die bei dem Kabinettschef als Abgesandte des Zentrums, der Konservativen und der Nationalliberalen erschienen seien, um noch einmal zu bestätigen, dass ihre Fraktionen hinter den vom Kronprinz befragten Kollegen stünden.⁹² Das leitete beim Kaiser einen Meinungsumschwung ein.

Dass Bethmann Hollweg den Reichstag fast vollständig gegen sich hatte, muss ausschlaggebend gewesen sein. Hatte der Kanzler noch zwei Tage vorher behauptet, die Wahlrechtsreform werde die Parteien hinter ihn bringen und die Monarchie stärken, so schien jetzt das Gegenteil der Fall zu sein. Bethmann Hollweg hatte für den Kaiser ein Stück Glaubwürdigkeit eingebüßt. Wie oft reagierte er wohl auch nach Stimmungslage, auf dem Hintergrund von Labilität und Augenblickseindrücken.

Die Wut und Erregung in seiner Umgebung über die Wahlrechtsreform, die Vorstellung vom Niedergang der Macht der Monarchie und der Konservativen in Preußen hatten zweifellos ihre Wirkung getan. Hätte er die Stellungnahmen der Parteivertreter genau geprüft, hätte er erfassen können, dass hier Stimmen von Parlamentariern zitiert wurden, die von der OHL zuvor als Kanzlergegner aufgebaut worden waren.

Als der Kanzler am Abend im Schloss Bellevue erschien, empfing ihn der Kaiser „unwirsch und unfreundlich“. Er berichtete ihm, was er vom Kronprinzen über die Einstellung der Reichstagsparteien zu ihm erfahren hatte. Er warf ihm vor, die Konzession in der Wahlrechtsfrage habe bei den Parteien keine Wirkung gezeigt. Er habe sie wohl nur gefordert, um „seine persönliche Stellung zu erleichtern“. Dann nahm er seine Zustimmung zur Friedensresolution zurück und verlangte nun eine Stellungnahme Hindenburgs und Ludendorffs dazu.

92 Valentini, Kaiser und Kabinettschef, a. a. O., S. 165 f.; Erzberger, Erlebnisse im Weltkrieg, a. a. O., S. 263.

Eine solche traf aus dem Hauptquartier nach einer halben Stunde ein. Gefordert wurde darin unter anderem, Textstellen der Resolution zu ändern. Der Satz „Mit einem solchen Frieden sind erzwungene Gebietserwerbungen und politische, wirtschaftliche oder finanzielle Vergewaltigungen unvereinbar“ müsse gestrichen werden. Der Kaiser befahl, „den Parlamentariern das mitzuteilen“. Kurz darauf wurde gemeldet, dass Abschiedsgesuche Hindenburgs und Ludendorffs, weil sie mit dem Kanzler nicht länger zusammenarbeiten könnten, unterwegs seien. Der Kaiser ließ ihnen die Weisung zugehen, sofort nach Berlin zu kommen, um sich für ihr Verhalten zu rechtfertigen. Sie dürften mit ihrem „unerhörten Vorgehen nicht durchdringen“.⁹³

Der engere Beraterstab, der Chef des Militärkabinetts, General von Lyncker, ebenso wie Wahnschaffe, Leiter der Reichkanzlei, Vizekanzler Helfferich und Valentini waren empört über das Verhalten Hindenburgs und Ludendorffs. Wahnschaffe hatte Ludendorff bereits in den Tagen zuvor mitgeteilt, er sehe bei einem Eingriff des Militärs in politische Entscheidungen die Staatsautorität schwer erschüttert. Das bisherige Staatsgefüge sei bedroht.

Wilhelm II. beschwerte sich in langen Tiraden über das Verhalten der beiden Generäle. Nach einem Bericht Helfferichs versicherte er Bethmann Hollweg noch am Abend des 12. Juli seines ungeminderten Vertrauens. Gegenüber Hindenburg und Ludendorff werde er die Sache am nächsten Tag in Ordnung bringen.⁹⁴

Bethmann Hollweg ließ sich davon jedoch nicht beeindrucken. Als er sich ziemlich unvermittelt verabschiedete, war ihm klar, was geschehen war. Er hatte an diesem Tag nicht nur den Rückhalt bei den Reichstagsfraktionen, sondern zugleich auch seinen Einfluss auf den Kaiser verloren. Lediglich 42 Abgeordnetenmandate, das entspricht 12,3 Prozent der Stimmen des Reichstags, entfielen auf die Fortschrittliche Volkspartei.

Als Payer ihm den endgültigen Text der Friedensresolution überbrachte, zeigte er dafür kein Interesse mehr. Er wies ihn darauf hin, dass die Parteien nunmehr mit der OHL darüber weiter verhandeln müssten. Sie könnten sich nun ja auch in dieser Angelegenheit den Wünschen Hindenburgs und Ludendorffs anschließen. Sein Abschiedsgesuch formulierte er am Morgen des 13. Juli. Darin begründete er seinen Entschluss mit der Absage einer überwältigenden Mehrheit des Reichstags an seine Politik. Die Rücktrittsdrohung der Generäle erwähnte er nicht, „um dem Kaiser wenigstens formal die Möglichkeit zu geben“, seinen Ab-

93 Valentini, Kaiser und Kabinettschef, a. a. O., S. 166.

94 Helfferich, Der Weltkrieg, 3. Bd., a. a. O., S. 127 ff.

schied unabhängig von deren Ultimatum zu bewilligen.⁹⁵ Der Kaiser nahm den Rücktritt, ohne zu zögern, an. Am Nachmittag des 13. Juli, als Hindenburg und Ludendorff in Berlin eintrafen, musste über ihr „unerhörtes“ Verhalten nicht mehr gesprochen werden.

Valentini und Riezler, Bethmann Hollwegs treueste Mitstreiter, hoben hervor, die Tatsache, dass Hindenburg und Ludendorff mit ihrem Rücktritt drohten, falls er im Amt bliebe, habe für die Entscheidung des Kanzlers erhebliche Bedeutung gehabt. Was wirklich den Ausschlag gab, die Rücktrittsforderungen der Parteien oder die der OHL, beantwortete Riezler, der die Gedankenwelt Bethmann Hollwegs am besten kannte, folgendermaßen: Bethmann sei in dem Augenblick gestürzt worden, in dem er mit seiner Politik gegen den herrschenden Geist durchgedrungen sei. Hätte er im Reichstag eine feste Mehrheit gefunden, „hätte er der OHL auch in allen Details die Spitze bieten können“. Riezler gab „den Linken“, also den Sozialdemokraten, die ihn verrieten, die Schuld, nannte die Vorgänge grotesk.⁹⁶

Auch in seinen „Betrachtungen zum Weltkrieg“ aus dem Jahr 1921 erklärte Bethmann Hollweg am Schluss aus der Distanz der vergangenen vier Jahre, wie es zu seinem Rücktritt kam: Selbstverständlich sei es angesichts der Situation Deutschlands im Sommer 1917 nicht denkbar gewesen, dass Hindenburg und Ludendorff aus ihren Ämtern schieden. Auch um dieser Gefahr entgegenzuwirken, sei er zurückgetreten. Der eigentliche Grund sei das jedoch nicht gewesen. Es schien ihm widersinnig zu sein, dass aus einer „Aktion für den Verständigungsfrieden“, den auch er als Reichskanzler zu erreichen suchte, eine „Aktion gegen den dem Verständigungsfrieden geneigten Kanzler“ geworden war.⁹⁷ „Der Gedanke des Verständigungsfriedens, der meiner Politik zugrunde lag, hatte durch die panikartige Überstürzung der Erzberger-Aktion und ihre innenpolitische Ausbeutung den schwersten Schlag erlitten.“ Die Beeinflussung der nun folgenden Politik durch Militarismus und Annexionismus war für ihn das tatsächliche Fazit der Julikrise. „Die Volksvertretung verhalf diesem Regime zur Machtvollkommenheit.“⁹⁸

95 Bethmann, Hollweg, Betrachtungen zum Weltkriege, 2.Bd. a. a. O., S. 236.

96 Riezler, Tagebücher, Aufzeichnungen, Dokumente, a. a. O., S. 448.

97 Bethmann Hollweg, Betrachtungen zum Weltkrieg, hrsg. von Jost Dülffer, a. a. O., S. 433 f., danach auch das Folgende

98 Bethmann Hollweg, Betrachtungen zum Weltkrieg, hrsg. von Jost Dülffer, a. a. O., S. 266

12. Kapitel

Der Krieg ist verloren

Nach seiner Beteiligung am Sturz Kanzler Bethmann Hollwegs war der Aufstieg Erzbergers noch lange nicht beendet. Der Kaiser wehrte sich zwar, ihn zum Minister zu ernennen, beugte sich jedoch den Anforderungen des Proporz, um Philipp Scheidemann, Bauer von der SPD, Adolf Gröber vom Zentrum und Karl Trimborn ebenfalls zu Ministern ernennen zu können.⁹⁹

Die Regierung Max von Baden hatte unter Zustimmung General Groeners beschlossen, Erzberger mit der Leitung der Waffenstillstandskommission zu betrauen.

Erzberger gibt in seinen „Erlebnissen“ darüber einen genauen Bericht.¹⁰⁰

Nach Überschreiten der Frontlinie wurde er in französischen Autos durch das schwer zerstörte nordfranzösische Land gefahren und traf am 7. November spät nachts im Wald von Compiègne ein.¹⁰¹

Marschall Foch empfing die deutschen Verhandlungsführer mit einer demonstrativ demütigenden Geste des Siegers: „Was führt die Herren hierher?“ Die Waffenstillstandsbedingungen seien nicht verhandelbar. Dem Kaiser ersparte man, von dem traurigen Resultat des Krieges Kenntnis zu nehmen, solange er noch nicht zurückgetreten war.

Im Wald von Compiègne wurde vom 7. Bis 9. November darüber verhandelt, wie man reagieren sollte.

Die Oberste Heeresleitung wich vor einer klaren Stellungnahme nicht zurück. Sie stellte einen Katalog von Wünschen zur Erleichterung der Auflagen für den Rückzug des Heeres und die Ablieferung von Waffen und Transportmitteln zusammen. Auch wenn diese nicht berücksichtigt würden, hieß es im Schreiben Hindenburgs, sei Erzberger bevollmächtigt zu unterschreiben. Anschließend sollte er darauf hinweisen, dass ein Teil der Forderungen unerfüllbar wäre und gegen den schändlichen Vertrag protestieren. Da sich auch in Spa bereits Soldatenräte bildeten, blieb den Generälen nichts anderes übrig, als zuzustimmen. Zwei Feld-

99 Genauerer bei Ernst-Albert Seils, Weltmachtstreben, a.a.O. S.629

100 Erlebnisse im Weltkrieg, Deutsche Verlagsanstalt, Stuttgart 1920

101 Erzberger, Erlebnisse im Weltkrieg, a. a. O., S. 328–333.

herren, denen ihre Soldaten nicht mehr gehorchten, erlebten den vollständigen Zusammenbruch ihrer Macht.

Die Verhandlungskommission war im Wald von Compiègne in einem Eisenbahnzug untergebracht. Die Deutschen wurden dort wie Geiseln behandelt, waren von allen Informationen über die politischen Vorgänge in Deutschland abgeschnitten, hatten keine Bewegungsfreiheit und wurde streng überwacht.

Erzberger verhandelte die ganze Nacht mit großem Geschick und holte für die Rückzugsbedingungen und hinsichtlich der Ablieferungsaufgaben einige Erleichterungen für Deutschland heraus: Die neutrale Zone auf dem rechten Rheinufer wurde auf 10 Kilometer zurückgenommen, und die Zeit für den Rücktransport der Armee wurde von 15 auf 36 Tage erhöht. Die Zahl der abzuliefernden Lastkraftwagen von 10000 auf 5000 reduziert. Die Abgabefrist für die Räumung des linken Rheinufers wurde von 25 auf 31 Tage erhöht.

Am 9. November um 8 Uhr abends wurde der Funkspruch der Obersten Heeresleitung mit der genannten Entscheidung nach Compiègne übermittelt.

Danach brachte der deutsche Verhandlungsführer in einem abschließenden Redebeitrag den Protest der deutschen Regierung zum Ausdruck und legte dar, dass ein Teil der Vertragsbedingungen unerfüllbar sei.

Der Text wurde am 8. November gegen 13 Uhr Rittmeister von Helldorff zur Beförderung ins Hauptquartier nach Spa übergeben.¹⁰² Am 9. November gegen 10 Uhr waren die Unterlagen in Spa immer noch nicht eingetroffen. Schließlich ließ Foch den Vertragstext am 9. November mit einem Flugzeug ins Hauptquartier befördern. Durch merkwürdige Umstände verzögerte sich der Transport dorthin um fast einen ganzen Tag. Angeblich irrte der Kurier fünf Stunden vor der deutschen Front herum und kam, weil geschossen wurde, nicht durch. Nach einer anderen Version kam er nicht weiter, weil er einen Unfall hatte. Vielleicht waren die Verzögerungen gewollt.

Nach Berlin gelangten die Waffenstillstandsbedingungen in einem Auszug am Nachmittag des 9. November, vollständig erst am Vormittag des 10. November. Auf diese Weise wurde auch Kanzler Max von Baden der Peinlichkeit enthoben, von den Ergebnissen des Krieges und seines Wirkens Kenntnis zu nehmen.

102 Berichte in: Der Völkerring, Bd.28, a. a. O., S.159–164.

Mittags hatte Ebert die noch amtierenden Regierungsmitglieder Payer, Solf, Haußmann, Graf Roedern, Drews, Trimborn, Gröber, Schöch, von Mann und führende Beamte in die Reichskanzlei gebeten, um über die Annahme der Waffenstillstandsbedingungen zu beraten. Anwesend waren auch Reichstagspräsident Fehrenbach und sein Stellvertreter Dove, ferner Scheidemann und Landsberg.

Der SPD-Vorsitzende tat so, als sei er der Reichskanzler. Seine Begründung, dass er jetzt hier amtierte, war: „Der Lauf der Geschichte hat mich auf diesen Platz berufen.“¹⁰³

Das genügte dem Juristen Haußmann nicht. Die Ernennung des Reichskanzlers entspreche nicht verfassungsmäßigen Formen. Eigentlich könne die Regierung in dieser Form gar nicht entscheiden. Aber auf eine neue Regierung könne man ja nicht warten. Fehrenbach fragte, ob man am Mittwoch, den 13. November, nicht wie vorgesehen, den Reichstag zusammenrufen müsse, schon weil neue Kredite beschlossen werden müssten. Beamte und Soldaten müssten schließlich ihr Geld bekommen. Aber das war unmöglich, so die allgemeine Ansicht. Die meisten Abgeordneten kämen bestimmt nicht mehr nach Berlin.

Dazu schwiegen alle andern. Die Einwände erledigten sich von selbst. Die Antwort an Erzberger und die Oberste Heeresleitung musste am Nachmittag fertig sein. Payer nannte es eine „denkwürdige, schmerzliche Sitzung“. Nicht nur wegen der Forderungen der Siegermächte, sondern weil auch in rechtlicher Hinsicht alles drunter und drüber ging.¹⁰⁴

Die Waffenstillstandsbedingungen wurden von Solf vorgelesen. Unter anderem würde Deutschland Elsass-Lothringen zurückgeben, die Gebiete rechts des Rheins und ein Stück Land links des Rheins räumen müssen. Einen Teil der Territorien im Osten, die fast 150 Jahre oder länger zu Preußen, seit 1871 auch zum Deutschen Reich gehört hatten, würden die Polen erhalten. Deutsche Kolonien gab es nicht mehr. Dazu kamen die Forderungen zur sofortigen Lieferung von massenhaft Eisenbahnwagen, Lokomotiven, Autos, Waffen aller Art. Deutschland sollte seine U-Boote und die gesamte Hochseeflotte abgeben. Dass umfangreiche Wiedergutmachungsleistungen erbracht werden mussten und Deutschlands Militärmacht stark eingeschränkt werden würde, war bereits klar. Das Ende war ausweglos.

Aus den schriftlichen Äußerungen der deutschen Verhandlungsdelegation, die ebenfalls vorgelesen wurden, ging hervor, dass alle diese Bedingungen im Prinzip erfüllt werden mussten.

Auch die Stellungnahme des Hauptquartiers wurde den Anwesenden zur Kenntnis gebracht:

103 Die Regierung der Volksbeauftragten 1918/19, 1. Teil, a. a. O., S.23–30.

104 Payer, Von Bethmann Hollweg zu Ebert, a. a. O., S.168.

Die Annahme der Waffenstillstandsbedingungen ohne jede Änderung sei absolut erforderlich. Der Feldmarschall könne die Armee nicht mehr zusammenhalten. Sie laufe auseinander.

Ebert fragte, ob unter diesen Umständen jemand gegen die Annahme der Waffenstillstandsbedingungen sei. „Es folgte ein unheimliches Schweigen“. Alle sahen bedrückt, in wortlosem Schrecken und in Ratlosigkeit vor sich hin. Niemand wollte mehr reden. Indem die versammelten Staatssekretäre und Abgeordneten fassungslos schwiegen, stimmten sie zu.

„Solf entfernte sich, um die Annahme der Waffenstillstandsbedingungen zu telegraphieren.“¹⁰⁵

Erzberger wurde noch durch einen unchiffrierten Funkspruch mitgeteilt, er sei berechtigt zu unterschreiben. Unter dieser Meldung stand als Unterschrift „Der Reichskanzler“.

Wer diese Information abgeschickt und damit die Genehmigung zur Unterschrift zu verantworten hatte, konnte man später nicht klären. Erzberger konnte man auf diese Weise den Vorwurf machen, er habe den Vertrag, ohne dafür beauftragt gewesen zu sein, unterschrieben.



Erzberger beschreibt in seinem Buch ausführlich die Verhandlungen in Trier, wo er, bis alle deutschen Einwände abgewendet waren, als Leiter einer etwa 100köpfigen Delegation Quartier genommen hatte. Erfolg war ihm 1919 nicht beschert. Am 12. Juni 1919 war Matthias Erzberger zum Reichsminister für Finanzen im Kabinett Bauer ernannt worden.

105 Die Regierung der Volksbeauftragten, 1. Teil, a. a. O., S.29f.



Erzberger mit den Mitgliedern der Verhandlungskommission General von Hammastein und Unterstaatssekretär Langwerth von Simmern in Spa 1918

Er fragte, wie die Zeitung Germania mitteilte, in Versailles an, ob es Gesichtspunkte gebe, die mit der Ehre Deutschlands nicht zu vereinbaren seien. Die unverbindliche Antwort hieß „Nein“. Damit hatte er sich im nationalen Lager abgesichert.¹⁰⁶ Auch für die Dolchstoßlegende trat er ein. Die Hauptaufgabe war es, den Friedensvertrag zu unterschreiben. Dazu war Erzberger bereit. Es war „die große Stunde“ Erzbergers. Endlich war der Taktiker am Ziel.¹⁰⁷ Ein anderer hatte sich die „Sisyphusarbeit“, die Finanz- und Steuerfragen des Reiches neu zu ordnen, nicht zugetraut. Er war der einzige Politiker, der dem gewachsen war.

Die Schulden des Reiches waren von fünf auf 150 Milliarden Reichsmark gewachsen. Erzberger ging es nicht nur um Finanzierungsfragen, sondern auch um die Konzeption des beginnenden Sozialstaats. Damit setzte er eine der größten Reformen der deutschen Verfassungsgeschichte durch. Die Länder wurden faktisch enteignet. Die Abgabenordnung wurde auf völlig neue Füße gestellt.

106 Berliner Volkszeitung, 22. Juni 1919

107 Berliner Zeitung, 22. Juni 1919

Erzberger erkannte, dass das beste Mittel zum Zweck in einer möglichst breiten Besteuerung der Bevölkerung nach Leistungsfähigkeit ist. Er wurde zu Vertreter einer gerechten deutschen Sozialpolitik.

Der automatische indirekte Lohnsteuerabzug wurde eingeführt. Steuern zahlte man allerdings nur auf die Einkünfte des Ehemanns. Versteuert wurden jetzt bis zu 60 Prozent der Einnahmen. 1914 waren es nur bis zu vier Prozent gewesen. Vermögenswerte wurden stärker herangezogen. Die Umsatzsteuer wurde eingeführt. Fortan mussten auch Steuern auf Vermögen gezahlt werden, die Erbschaftssteuer brachte allerdings wenig ein.



Finanzministerium

Insgesamt traten in der Amtszeit Erzbergers 16 Steuergesetze in Kraft. Sie gelten als umfangreichste Steuerreformgesetze der deutschen Geschichte.

Er machte sich viele Feinde durch seine Steuerreform.

Einer von ihnen war Karl Helfferich einer seiner Vorgänger, der unter dem Kaiser Finanzminister gewesen war, jetzt Mitglied der DNVP. Er warf ihm vor, bei seiner Steuerreform eigene Geldinteressen verfolgt zu haben. Matthias Erzberger erstattete sofort Anzeige, bekam vom Gerichte nur teilweise recht. Er wurde nur wegen formaler Beleidigung zu einer gerin-

gen Geldstrafe verurteilt. Erzberger trat daraufhin als Finanzminister des Kabinetts Bauer zurück.

13. Kapitel

„Deutschland steht vor einem Blutsumpf“¹⁰⁸

Die Feinde Erzbergers ruhten nicht, bis sie ihn endlich erledigt hatten. Es gab in ganz Deutschland eine Organisation, die von München agierte und von der Polizei geduldet wurde, welche sich speziell der Verfolgung der Republikgegner gewidmet hatte, alles Fremdrassige wurde zum Feind erklärt. Es handelte sich um entschlossene nationale Männer, die besonders Juden und „Erfüllungspolitiker“ verfolgten. Bei ihnen kam, seit Helfferich seine Schrift „fort mit Erzberger“ veröffentlicht hatte, die Hetze gegen Erzberger gut an.

Erzberger war nach seinem Ausscheiden aus der Regierung Bauer für einige Tage in den Schwarzwald gefahren, um dann zum Katholikentag nach Frankfurt am Main zu reisen. Ein seiner Begleitung befand sich seine Frau und seine siebenjährige Tochter. Er war im Kurhaus von Bad Griesbach abgestiegen, um in der sich für 8 Tage in der idyllischen Gegend Erholung zu suchen

Am Freitag, dem 26. August, war er zu einem Spaziergang nach dem Kiebis im Schwarzwald aufgebrochen. Der badischer Abgeordnete Diez begleitete ihn.

In der Nähe der Alexanderschanze traten den Spaziergängern plötzlich zwei junge Burschen entgegen. Erzberger beschleunigte seine Schritte, um ihnen zu entkommen. Er stürzte sich einen Abhang hinab. Die Mörder gaben daraufhin 12 Schüsse ab, von denen ihn mehrere trafen. Er sank sofort zu Boden. Der Abgeordnete Diez wurde nur leicht verletzt. Erzberger war sofort tot, vor seinem Mund bildete sich Blutschaum. an den Einschussstellen trat Gehirnmasse aus.

Von den Tätern wurde die Leiche nicht behelligt. Sie verschwanden, obwohl man sofort die Verfolgung aufnahm auf dem Weg abwärts der Alexanderschanze höhnisch grinsend im Gestrüpp.

108 Lübecker Nachrichten 27. August 1921

Am nächsten Tag, dem 27. August, berichteten alle Zeitungen über das grausige Geschehen. Alle Politiker verurteilten die Tat¹⁰⁹ Man nannten sie einen „verabscheuungswürdigen feigen Meuchelmord“.

Die Berliner Nachrichten wiesen darauf hin, die Saat, die seine Feinde gesät hätten, sei aufgegangen. Erzberger werde seinen Gegnern gefährlicher werden, als der lebendige Erzberger.

Die Kugeln, die ihn niederstreckten, sollten die Republik von Weimar treffen. Die Mörder, die das Attentat verursachten, würden sich auf ihre Liebe zum Vaterland berufen.

Keine deutsche Zeitung erinnerte daran, welche Rolle Erzberger im Ersten Weltkrieg gespielt hatte, an seine zwielichtige Persönlichkeit. Kein Blatt erinnerte z.B. Erzbergers Kriegszielprogramm, an den Sturz Bethmann Hollwegs, die Friedensresolution. Für ihn war sie mit dem Friedensvertrag von Brest-Litowsk vereinbar gewesen. Er hatte im Jahre 1917 vor dem Reichstag eine Rede gehalten. Sie sei durch die ganze Innere und äußere Lage Deutschlands geboten gewesen. „Den Frieden im Osten mit Russland können wir warm begrüßen, denn er liegt vollständig im Rahmen der Juliresolution, die wir aufgestellt haben“.¹¹⁰

Deutschland hatte begabte Politiker. Nicht zuletzt Erzberger gehörte dazu. Aber die Zeit brachte es mit sich, dass sie unzufrieden und verbohrt waren. Das Kaiserreich war zusammengebrochen, es galt weitgehend ein anderes Wertesystem. Sie arbeiteten nicht genügend zusammen, eher gegeneinander. Wenn sie etwas durchsetzen wollten, griffen sie zu den schlimmsten Mitteln. Was ihnen fehlte, waren Aufrichtigkeit und Fairness. Erzberger ist ein gutes Beispiel dafür.

Heute ist sein Bild durch die Zeit, als er Finanzminister war, geprägt. Vor dem Geburtshaus steht ein Schild, in dem darauf hingewiesen wird. Die Zeit des Ersten Weltkriegs scheint vergessen zu sein.

Hinweis auf die Bilder: Verstöße gegen die Schutzbestimmungen gibt es nicht.

109 Berliner Zeitung Volkszeitung, Berliner Zeitung, Vossische Zeitung, Lübecker Neueste Nachrichten; Der Mord in der Presse, ihnen sind die Berichte entnommen.

110 Ernst-Albert Seils, Weltmachtstreben. a.a.O. S. 516 f.